

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Wapptenstr. 34, und durch Kioskbüchereien zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, dreimonatlich 1.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.00, wo keine Post am Orte, 2.50.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgebühren werden für die einjährige Abbestellung von dem Namen 40 Pf., zweijährlich 70 Pf., dreijährlich 100 Pf. Inland für die einjährige Abbestellung 15 Pf. Inland für die zweijährliche Abbestellung 25 Pf. Inland für die dreijährliche Abbestellung 40 Pf. Inland für die einjährige Abbestellung 15 Pf. Inland für die zweijährliche Abbestellung 25 Pf. Inland für die dreijährliche Abbestellung 40 Pf.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 219.

Breslau, Donnerstag, den 19. September 1912.

28. Jahrgang.

Die verregnete Eucharistie.

Uns wird aus Wien geschrieben: Von der Abhaltung des Eucharistischen Kongresses in dem christlichen Wien mögen sich die Veranstalter eine besonders wichtige Demonstration für die Verehrung des Altarsakramentes versprochen haben. Denn da die Wiener überall dabei sein müssen, wo es eine Schauveranstaltung gibt, konnte man ja darauf rechnen, daß die Wiener schon die nötige Stafage für diese „Welt demonstration“ des Merikalismus beibringen würden, wie sie es ja auch tun, wenn auch nur ein ganz kleiner Verein mit Fahnen und Musik auszieht. Ein Merikales Blatt des „Grazener Volksblatt“, hat in einer Wiener Korrespondenz das Geheimnis verraten, wie man in Wien die nötige Verehrung für die Verehrung des Altarsakramentes erzog. Es schrieb: „Eine zweite Verehrung war die, daß die Wiener für die Idee eines eucharistischen Kongresses nur schwer Feuer fangen würden. Das umso mehr, als die Ausdrücke „Eucharistie“ und „eucharistisch“ hier so gut wie unbekannt seien. . . . Als das Schlagwort „Welt demonstration“ unter der Menge geworfen wurde, bekam die Sache Leben und Bewegung. Man freut sich kindlich auf die Neugierigen und Zehntausender des kaiserlichen Prunkzuges, auf die fünf hundert Geheinen Räte und Kämmerer zu Pferde und zu Wagen, das goldene Gefährt des Olmücker Kirchenfürsten nicht zu vergessen. Und alles hat nur noch eine Befürchtung, nämlich die, daß zufällig am 15. September das traditionelle Kaiserwetter ausbleiben könnte.“

Das war die Vorbereitung der Wiener Bevölkerung für die Demonstration, von der ihre Veranstalter behaupten möchten, daß sie eine rein religiöse sei. In Wirklichkeit handelte es sich aber nur darum, die Wiener, die für religiöse Veranstaltungen nicht zu haben sind, auf diesem Umwege für den Merikalismus zu gewinnen. Die Prozession mit dem kaiserlichen Prunkzug, den 200 Bischöfen, den Kasalarkassen und Fahnen sollte die Bevölkerung heranziehen. Was „religiös“ daran war, interessierte die Wiener garnicht. Den Vorträgen, die in der Miesenhalle der „Rohnde“ stattfanden, wie auch den Predigten in den Kirchen sind die Wiener ferngeblieben. Für alle diese Dinge hat man das „Volk“ aus der Provinz herbeiführen müssen. Zu diesem Zwecke hat der Staat allen, die zum Kongress führen, auf den Staatsbahnen den halben Fahrpreis bewilligt, hat die Regierung Tausende von Beamten und Angestellten, von Offizieren nach Wien dirigiert. Die „Pilger“ wurden von den christlichsozialen Beherrschern der Gemeinde in den Schulen untergebracht und die Vertreibung erfolgte zum Teil durch die militärischen Feldkochen. Der Adel hat den Auftrieb nach Wien — da die „Pilger“ vielfach in Viehwagen der Eisenbahnen hierher gebracht wurden, kann man es nicht anders nennen — unter der Führung der Herzogininfant von Hohenberg, der Gattin des Thronfolgers Franz Ferdinand arrangiert. So hat die Gräfin Chotek, eine Schwester der Herzogin von Hohenberg, 10000 Stowacken aus Ungarn nach Wien gebracht, fünf Schwarzenberg, der reichliche und geistliche österreichische Aristokrat, hat seinen Angestellten eine Reiseunterstützung zur Fahrt nach Wien gewährt. Die politischen Kräfte haben ganze Vorden politischer und rühmlicher Bauer in nach Wien gebracht.

Da der Schwerpunkt der Eucharistischen Kongresse in der öffentlichen Prozession mit der Monstranz liegt — die wegen des Regens diesmal unterbleiben mußte — spielen die anderen Veranstaltungen nur eine ganz nebensächliche Rolle. Da der Kongress unter dem Protektorat des 82-jährigen Kaisers stand, war eines der wichtigsten Themen „Die Eucharistie und das Haus Habsburg“, wobei der Referent P. Andlau die ältesten Anekdoten über die Frömmigkeit der Habsburger vorbrachte. Von allen Habsburgern wählte er solche Anekdoten zu erzählen — von Josef II. sprach er kein Wort. Auch über den Sozialismus wurde gesprochen, und der Referent über das Thema „Das himmlische und das irdische Brot des Arbeiters“, Dr. Vonders aus Münster, wählte über den Sozialismus folgendes zu sagen: „Der Sozialismus stellt den geistigen Hunger der Seelen nicht, er mehrt ihn nur. Er gibt Steine statt Brot, und statt des Hisches einen Skorpion, weil er den Blick stets nur zur Erde hinunter und nie zu den Höhen hinaufrichtet. . . . Heute stehen die Menschen sich feindlich gegenüber, sie verziehen einander nicht, und es hallt ein Wort durch die Welt wie Schwertklingen, das heißt: Klassenkampf. Die Welt trennt, aber die Kirche einigt, und alle Stände, vom einfachsten Landvolf an bis zum königlichen Geschlecht sind zum Dienste des eucharistischen Königs geeint.“ Es ist begreiflich, daß diese Worte dem erlauchtesten Publikum wohl gefielen und die bürgerliche Presse verzeichnet zum Schluß: Die Sörerschaft applaudierte an zahlreichen Stellen, die sich gegen den Sozialismus wandten, und auch Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin Herzogin von Hohenberg beteiligten sich an dem Beifall. . . . Erzherzog Franz Ferdinand schüttelte den beiden Kanzlerrednern die Hand und sagte zu P. Andlau, er sei während

seiner Rede tief ergriffen gewesen und habe wiederholt mit den Tränen gekämpft. Dann sprachen der Erzherzog-Thronfolger und seine Gemahlin mit Kardinal Tr. Nagl (dem Wiener Erzbischof), dem die Herzogin von Hohenberg, ebenso wie dem päpstlichen Legaten von Rossini die Hand küßte.

Das war wohl der Höhepunkt des Kongresses und wenn auch die Wiener noch immer nicht wissen, was „Eucharistie“ ist, so wird der päpstliche Legat und werden die Bischöfe, die hierher kamen, doch mit dem Ergebnis des Kongresses zufrieden sein: hat doch der zukünftige Kaiser von Oesterreich seine Bestimmung offen bekundet und die zukünftige Kaiserin von Oesterreich bezeugt, wie sie über ihr Verhältnis zur römischen Hierarchie denkt. Alle Mächtigen in Oesterreich sind Rom untertan. Und daß sogar das sogenannte „Freiheitliche“ Viracium seinen Frieden mit den Merikalen machen will, hat nicht nur die Wiener liberale Presse bewiesen, die zum Teile dieser Merikalen Veranstaltung direkte Respekt machte, ja zum Teile sogar den Verein „Freie Schule“, der als Protest gegen den Merikalismus einige Tage vor dem Beginn des Eucharistischen Kongresses antikirchliche Anschläge verbreitete, heftig wegen dieser „Provokation“ angriff. Die Kongresse brauchte Bundesgenossen gegen das Priesteramt und sie schenkt auch davon nicht zurück, ihren Anteil zu vor dem Merikalismus zu tun, der ihr noch vor kurzem als der Feind erschien, den man vor allem bekämpfen mußte.

Krieg im ungarischen Parlament.

Mit einer Heftigkeit sondergleichen hat die Opposition im ungarischen Reichstag, der am Dienstag seine Arbeiten nach den Sommerferien wieder begann, gleich am Eröffnungstage einsetzt. Wesentlich verlangten die oppositionellen Parteien von der Regierung, daß die beantragten Verfassungsveränderungen wieder gutgemacht werden, daß die neue Geschäftsordnung wieder beibehalten wird, daß der Ministerpräsident seine Entlassung erhebt oder nimmt, daß das Wahlrecht verbessert und die Press- und Versammlungsfreiheit sichergestellt wird. Da die Regierung keine Lust zeigt, den Wünschen und Forderungen der Opposition nachzukommen, so eskalierte diese am Dienstag in der Eröffnungssitzung des Reichstages einen heftigen Sturm. Uns wird darüber aus Budapest gemeldet:

Am Dienstag wurde der Reichstag eröffnet, gerade so, wie er im Juni geschlossen wurde. Ministerpräsident hervorgehoben. Mit Unterstützung bewaffnet, kam die gesamte Opposition in den Reichstag. Vor Beginn der Reichstagssitzung hielt die Opposition eine Ansprache ab, in der beschlossen wurde, der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen. Um 10 Uhr vormittags eröffnete der Präsident Graf Tisza die Sitzung. Sofort erhob sich die gesamte Opposition und überhäufte den Reichstagspräsidenten und den Ministerpräsidenten mit den heftigsten Schimpfwörtern, wie Gauner, Landesverräter usw. Von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags sagte der Reichstag, jedoch war es dem Präsidenten nicht möglich, ein einziges Wort herbeizubringen. Auf den Tischen und Bänken standen die Abgeordneten, mit Revolvern und Säuregeschloß bewaffnet, standen sich die Parteien gegenüber. Gefahr war von einer Seite umgeben, sobald man ihn garnicht erblicken konnte. Bis 1 Uhr nachmittags war eine Vertagung unmöglich.

Als nach einer Pause die Sitzung um 1 1/2 Uhr wieder eröffnet wurde, sang der Chorus von neuem an. Graf Tisza durch die Namen der Abgeordneten auf einen Wagen, die aus dem Saal entfernt werden sollten und verließ, gefolgt von den Ministern und der ganzen Regierungspartei, den Saal. Gleich darauf kam ein Polizeikommando mit 100 Polizisten.

in den Saal, hielt einen Wagen in der Hand und forderte den Abgeordneten Jánosy auf, den Saal zu verlassen. Der Abgeordnete weigerte sich, worauf sich der Polizeikommando auf die Mitte verlegte. Graf Andrássy forderte den Abgeordneten auf, nicht Folge zu leisten, worauf sich die gesamte Opposition, 104 Mann stark, in der Mitte des Saales gruppierte und den Abgeordneten, der aus dem Saale geflohen werden sollte, in ihre Mitte nahm, und so stand der Polizeikommando hilflos der gesamten Opposition gegenüber.

Barrikaden im Sitzungssaal.

Pawlik begab sich nochmals zum Grafen Tisza, um neue Anweisungen zu holen. Er erschien wiederum im Saale und forderte nachher mehrere Abgeordnete auf, sich aus dem Saale zu entfernen. Diese befolgten die Aufforderung nicht. Ihre Freunde umringten sie jedesmal, um sie zu schützen. Einige Abgeordnete bauten aus den Ministerstühlen Barrikaden auf. Pawlik begab sich darauf wiederum zum Grafen Tisza. Nachdem Pawlik den Saal wieder betreten hatte, bemühte er sich fortgesetzt, die Abgeordneten zum Verlassen des Saales zu veranlassen. Alle erklärten, sie würden den Saal nicht verlassen. Zwei Wache, die den Abgeordneten Abraham der Justizpartei anführen wollten, wurden zurückgeschoben. Als Pawlik sich dem Grafen Apponyi näherte und gegen ihn Gewalt anzuwenden schien, erwiderte ihm die Aufsicht: Wer Apponyi anrührt, ist des Todes! Eine ähnliche Szene ereignete sich, als Pawlik mit dem Grafen Andrássy verhandelte. Der Abgeordnete Wagoesz entließ dem Saal kommissar die Liste der ausgeschriebenen Abgeordneten und zerriß sie unter großem Beifall. Während darauf Pawlik erfolglos mit dem Grafen sich verhandelte, bemerkten die Oppositionellen, wie Präsident Graf Tisza hinter einem Vorhange des Einganges den Vorgängen zusah, und riefen ihm Schmähsprüche zu. Einige Abgeordnete drohten ihm mit geballten Fäusten. Hierauf entfernte sich der Präsident. Auch Pawlik verließ wiederum den Saal, um sich nach dem Präsidenten neue Befehle zu holen.

Ein Polizist verhaftet den Gehorsam.

Einige Minuten nach 6 Uhr kam Pawlik wieder in den Saal und forderte eine Reihe von Abgeordneten zum Verlassen des Saales auf. Als sich dies weigerten, erklärte er, nimmte Gewalt anwenden zu müssen. Er befehligte zwei Polizeibeamten, den Abgeordneten Grafen Ladislau Szosa zu hinterführen. Inzwischen war dieser aber von den Abgeordneten Grafen Josef Karolyi, Markgraf Georg Pallavicini und Grafen Akadar sich in die Mitte genommen worden. Diese schickten ihn gegenwärtig unter die Arme und verhinderten so, daß die Wache unter dem Saale stehen konnten. Graf Michael Karolyi drängte sich durch die Abgeordneten durch. Er war ungeheuer erregt und schlug mit den Fäusten auf die Wache ein, die schließlich zurückdrängt wurden. Nunmehr verließ die Polizeibeamten Pawlik an einer anderen Stelle, den Abgeordneten Grafen Szosa an die Spitze zum Verlassen des Saales zu bewegen. Als sich auch diese weigerte, forderte Pawlik wiederum zwei Wache auf, den Abgeordneten zu ergreifen. Der Polizist Stefan Polak schritt vor und sagte: „Ich habe gehorcht, ich greife einen unabhängigen Abgeordneten nicht an. Bei diesen Worten brach die Opposition in ungeheuren Jubel aus und schwenkte die Taschenmesser. Graf Szamczek entließ einen vor der Ministerbank stehenden Tisch und verließ den Saal, worauf ein Teil der Tribünenbesucher gleichfalls in heftigen Empörung ausbrach. Der Wachmann Polak wurde inzwischen abgeführt. Wachen in dem Saal der Tribünenbesucher stimmten die Oppositionellen das Ausschließung an. Inzwischen war auch Stadtobmannmann Zeslaker im Saal erschienen, um den Anordnungen des Präsidenten Gehorsam zu verweigern. Ein Polizist wandte sich an eine Gruppe Abgeordneter und griff den Abgeordneten Jánosy an. Mitleidig erwiderte Jánosy: „Ich habe gehorcht, ich habe gehorcht, ich habe gehorcht, ich habe gehorcht.“

Handgemenge zwischen Polizei und Opposition.

Um 6 1/2 Uhr erschienen zwei neue Polizeikommandos mit arabischen Polizeibekleidungen und gaben Befehl, sämtliche oppositionellen Abgeordneten aus dem Saal zu drängen. Es begann nun ein heftiges Schreien, Tränen und Schloßen, das in ein wildes Geknorr überging. Die Abgeordneten, die in der ersten Reihe standen, wollten sich mit Gewalt zur Wehre und schlugen auf die Wache los, die ihrerseits zum Angriff überzugehen. Graf Bela Jánosy wurde von vier Wachen trotz heftiger Gegenwehr an Händen und Füßen ergriffen und aus dem Saale geschleift.

Es spielten sich unbeschreiblich wilde Szenen ab. Graf Albert Apponyi wurde von den Wachen aus dem Saale gedrängt, schrie jedoch sofort wieder zurück. Graf Julius Andrássy schrie auf den Ministerpräsidenten. Abg. Andrássy wurde hin- und hergeschleift. Ebenso die Abgeordneten Otto Noeller und Stephan Keller. Mehrere Polizisten schlugen den Grafen Michael Karolyi, der mit Wunden und Nähen um sich schlug. Schließlich gelang es ihm, sich in eine Pauliste zu flüchten, wo er nicht mehr zu sehen war. Man rei nach Wetzien. Zwei Monate der freiwilligen Heimkehrgesellschaft Irrungen über die Karriere der Journalisten in den Saal und lobten den Grafen, der nach einigen Minuten wieder zu sehen kam. Auf Anordnung des Präsidenten wurde Graf Apponyi schließlich im Sitzungssaal befreit. Am ganzen blieben noch 14 Oppositionelle im Saal, die jedoch, nachdem auf ihren Wunsch die Polizei zurückgetreten war, den Raum ruhig verließen. Um 8 1/2 Uhr waren Tisza und seine Anhänger Meinherrschler des Parlamentes.

Die oppositionellen Parteien haben auch die Teilnahme an den Delegationen abgelehnt und die ihnen von der Regierungspartei angebotenen Mandate zurückgewiesen. Wie wenig die Regierung zur Nachgeben bereit ist, hat Ministerpräsident Dr. v. Lukacs am Montag abend in einer Monstration der Regierungspartei offenbart. Er verbot die Opposition, der es nicht gelungen sei, weite Volkskreise aufzuregen. Er ist bereit, ein Gesetz zu fassen, das die Immunität der Abgeordneten mit neuen Garantien umgeben und das Verhältnis des Präsidenten zu den Abgeordneten regeln soll. Besonders des Wahlrechts erhebt Zweifel, namentlich die industrielle Arbeiterschaft solle eine Vertretung erhalten, die ihrer Intelligenz und der Anteilnahme an den öffentlichen Leben entsprechende. Schließlich kündigte Lukacs die schärfsten Maßnahmen gegen die Opposition an.

Politische Uebersicht.

Noch nicht agrarisch genug.

Herr v. Bethmann hat zwar bisher nicht gesagt, daß er etwas gegen die Fleischnot tun wolle, aber dies Schweigen genügt den Agrariern noch keineswegs. Er soll nicht nur nichts tun, um die Not zu lindern, er soll in dieser Zeit, wo die Not des Volkes sich gegen die Verteuerer seiner Lebensmittel kehrt, sich auch noch offen zu den Grundbesitzern der Dertel und Bobbielst bekennen, und ihren Verdiensten um das Wohl des Vaterlandes Wehrauch streuen. Solange er sich dazu nicht entschließt, wird er als unsicherer Rantonist behandelt.

In dem neuesten Heft des Grenzboten hatte jemand die Entdeckung gemacht, daß die Zahl derer, die dem Kaiser zu vertrauen beginnen, zwar langsam aber doch in allen Lagern wachse: Eine solche Feststellung erscheint Herrn Dertel sehr bedenklich und er bezieht sich darauf aufmerksam zu machen, daß „in den rechtsstehenden Kreisen das Vertrauen zum Kaiser, das ihm fast allenthalben entgegengebracht wurde, schwankend zu werden beginne.“ Der Hohenfinow wird sich also Mühe geben müssen, das entgleitende Vertrauen festzuhalten, und das Rezept gibt ihm der Geyrdabauer der „Deutschen Tageszeitung“ ja auch an. Die Agrarier verlangen von einem guten Kaiser zweierlei: Er soll sorgen ersens für die Erhaltung und den Ausbau (1) der Schutzpolitik und zweitens für den scharfen und rücksichtslosen Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Mit anderen Worten: über dem Volk ist die Hungerepeppe zu schwingen und wenn das Volk murren und unzufrieden wird, dann Gewalt gegen die Rebellen. Wir hatten bisher geglaubt, daß schon jetzt im großen und ganzen nach diesem Schema bei uns regiert werde, und daß vor allen Dingen Weimann-Hollweg in ihm zu Hause sei, aber den Agrarern geht es noch nicht energisch genug zu. Wenn die Waffen über Hunger klagen, dann muß eine Regierung, die sich des Vertrauens der Rechten würdig zeigen will, mit einer Verschärfung des Schuzolls und mit Ausnahmegeetzen gegen die Sozialdemokratie, wenn nicht mit Wahlengewehren antworten.

Eine epochenmachende Entdeckung.

In Braunschweig sind die Mittelständler auf dem „zweiten reichsdeutschen Mittelstandstag“ vereinigt. Es würde nicht lohnen auf die Verhandlungen einzugehen, deren Inhalt man ja von so vielen Kongressen her kennt, wenn hier nicht eine nationalökonomische Entdeckung gemacht worden wäre, die gerade in der gegenwärtigen Zeit von ganz nicht zu überschätzender Bedeutung ist.

Der Handelskammerpräsident Dr. Schellen-Münster referierte über die Konsumvereinsfrage, und er behandelte, wie es in dem Bericht heißt, eingehend den Unterschied zwischen Konsumvereinen und gewerblichen Gewerkschaften.

Bei letzteren handle es sich um Hebung der Produktion, bei den Konsumvereinen aber lediglich um billige Vertriebswege der Konsumenten. Die Produktion ist werkschaffen, der Konsum wertvernichtend.

Da haben wir. Die Formel ist gefunden, mit der sich das ganze Hungergeschrei abmildern läßt: der Konsum ist wertvernichtend. Die agrarischen Fleischproduzenten schaffen Werte, Bürger und Arbeiter zerstören sie. Ihr Ruf nach billigem Brot und billigem Fleisch darf bei keiner vernünftigen Regierung ein Echo finden. Sie wollen sich ja „billiglich“ füttern, und was bedeutet das gegenüber den wertvollen volkswirtschaftlichen Funktionen der Großgrundbesitzer!

Es wäre ein Jammer, wenn Herr Dr. Schellen in Münster verkauere. Der muß Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“ oder mindestens Minister werden.

Das Revolver-Attentat des Arbeitswilligen in Burg. Die Ermordung des Genossen Frische in Burg bei Magdeburg durch einen bei der Firma Wolf beschäftigten Streikbrecher hat unter der Arbeiterschaft eine ungeheure Erregung ausgehört. Montag abend fand bereits eine Versammlung statt, die von über 3000 Personen besucht war, obwohl erst mittags die Einladungen verteilt werden konnten. Die Versammlung protestierte gegen das Treiben der Streikbrecher, über das weitere trasse Fälle mitgeteilt wurden und gegen die große Nachsichtigkeit der Behörden ihnen gegenüber. Nicht einen Schuß der Arbeitswilligen brauche man in Deutschland, sondern eher einen Schuß vor Arbeitswilligen. Mit lebhaftem Beifall wurde die Aufforderung aufgenommen, daß am Tage der Beerdigung des Ermordeten sämtliche organisierten Arbeiter die Arbeit ruhen lassen. Der Tag der Beerdigung ist noch nicht bekannt, da die Staatsanwaltschaft die Leiche noch nicht freigelegt. Die Versammlung beschloß ferner, alle organisierten Arbeiter dringend aufzufordern, jede Verührung mit Streikbrechern zu vermeiden und keine Geschäfte und Lokale zu frequentieren, die von Streikbrechern besucht werden.

Der Streikbrecher, der die verwerfliche Tat beging, ist ein 25-jähriger Wabenser namens Josef Ruppert aus

Karlruhe. Ihm soll, wie die „Magdeburgerische Zeitung“ jagt, schon früher einmal von der Polizei der Revolver abgenommen sein. Er hat ihn dann aber wieder jurückerhalten, natürlich, um sich vor dem Terrorismus der Streikenden schützen zu können.

Unbegreiflicherweise ist der Revolverheld bereits wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Reaktionärer Sturm im Posenlande.

Die Bestätigung des sozialdemokratischen Abgeordneten für Offenbach, Eisner, durch den Großherzog von Posen eregt im Posenlande die Gemüter unserer Staatsverhältnisse heftig und dürfte in den nächsten Tagen einen Widerhall auch in reaktionären Kreisen Norddeutschlands finden. Bei der ersten Bestätigung Eisners als Essenbacher unbesoldeter Abgeordneter durch den Großherzog, die im Jahre 1906 erfolgte, veranstalteten zunächst außerparlamentarische Reaktionen einen „patriotischen“ Entschuldigungsaufruf, dem sich schließlich die vereinigten Reichs- und Nationalparlamentarier, Sozialisten und Antisemiten angeschlossen. Mit dem Ergebnis, daß das heftigste Ministerium, das die Bestätigung Eisners dem Großherzog empfohlen hatte, seine Demission einreichte, und als diese abgelehnt wurde, im Landtage dem Reichstag verabschiedet, keinen Sozialdemokraten mehr bestatigen zu wollen. Dieses Versprechen haben die preussischen Reichstagsmitglieder in den nun folgenden sechs Jahren peinlich genau gehalten, und auch die schärfste Brandmarke der damit verbundenen Verfassungsverletzung brachte die Regierung von ihrer Pflicht nicht ab. Gegenüber den reaktionären Mehrheitsparteien im Landtage nicht ab.

Nach vor einem Jahre erklärte der gegenwärtige Minister des Innern — der sich selbst als Geschäftsführer der herrschenden Parteien bezeichnet hatte —, daß solange er auf seinem Posten bleibe, nie ein Sozialdemokrat bestatigt würde! Woher nun die plötzliche Sinnesänderung? Daß Genosse Eisner auch nach dem Urteil seiner Kreise politischer Gegner kein Minister sein dürfte, hatte und bei seiner Wiederwahl nicht nur die sozialdemokratischen, sondern auch die fortschrittlichen Stadtverordneten für ihn stimmen, während die übrigen gemäßigten Stadtverordneten sich der Stimme enthielten, tatsächlich also keine einzige bürgerliche Stimme gegen Eisner abgegeben wurde, machte es der Regierung sehr schwer diesmal zur Nichtbestatigung zu schreiten. Dazu kommt, daß wie in den anderen großen Städten Posen auch in Offenbach der Großherzog selbst das Bestatigungsrecht ausübt, während in allen anderen Orten dies Recht den Kreis- (Land)räten zusteht. Eine Nichtbestatigung des allgemein angeordneten Mannes und tabulierten Beamten durch den Großherzog wäre selbst in bürgerlichen Kreisen als eine schwere Ungerechtigkeit angesehen worden und hätte den Landesherren in der Presse, in Versammlungen und im Landtage selbst schärfster Kritik ausgesetzt. Es entschloß sich also das Ministerium trotz der vorherigen großen Worte, diesmal eine Ausnahme zu machen und dem Großherzog die Bestätigung Eisners zu empfehlen. Gewisse Auslassungen in heftigen Zentrumsblättern lassen darauf schließen, daß das erst geschehen ist, nachdem man sich im Ministerium mit den Zentrumsführern verständigt hätte. Man wurde in offiziellen Erklärungen damit zu beugen, daß Eisner ja schon einmal und zwar von einem früheren Ministerium bestatigt worden sei, daß eine wiederholte Bestatigung etwas anderes sei als eine neue, und daß man neue Maßstäbe bei der Bestatigung nicht bestatigen werde. Die Nationalliberalen von der Gouture des Reichstages, die damals mitten unter diese Inkonsequenz der Regierung und führen ganz zurecht aus, daß wenn die Regierung den „jährlichen Agitatoren“ Eisner bestatige, der mittlerweile auch als sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter der Regierung schärfste Opposition mache, das Budget ablehne u. s. w., sie auch die weniger gefährlichen sozialdemokratischen Abgeordneten aus den kleinen heftigen Kreisen bestatigen könne und müsse.

Die entsetzten Patrioten verweigern daher in ihrer Presse der schwächlichen Inkonsequenz der Regierung jedes weitere Vertrauen, insbesondere für die von dieser im Landtage so bestimmt betonte „schärfste Verurteilung des Umsturzes“. Im Landtage dürfte es daher noch zu heftigen Kämpfen kommen, in denen die Regierung wegen ihrer scheinbaren Inkonsequenz und Unfähigkeit einen schweren Stand haben wird. Zu einem großen Protestaufruf wie im Jahre 1906 aber wird es diesmal kaum kommen, vor allem deshalb nicht, weil das Zentrum keine Lust zu haben scheint, den Offenbacher Nationalliberalen, die sich neuerdings recht radikal und antiklerikal gebärden, die Positionen aus dem Feuer zu holen. Jedenfalls macht das Bestatigungsrecht den heftigen Reichstagsmitgliedern jetzt viel mehr Schmer-

zen und Schwierigkeiten, als den Sozialdemokraten, gegen die es sich richten soll.

Der Arbeitswillige ist eine heilige Person.

Auf die Rundfrage des Handelskammertages bezüglich der Frage des Schutzes der Arbeitswilligen hat sich nunmehr auch die Wälsche Handelskammer geäußert, und zwar sprach man sich dort, wie bei der Zusammenkunft dieser Kammer nicht anders zu erwarten war, für eine schärfere Auslegung der §§ 240 und 241 des Strafgesetzbuches aus; jede Bestatigung eines Arbeitswilligen müsse als Mötigung und Verletzung bestraft werden. Mit dieser Verschärfung der strafrechtlichen Bestimmungen müsse ein noch stärkerer Schutz der Arbeitswilligen durch die Polizeigeborgane Hand in Hand gehen. Der Arbeitswillige muß von seiner Wohnung bis in die Fabrik von der Polizei geschützt werden.

In der Debatte feierte den unverfälschten Typ eines struppeligen Scharfmachers der Konmerzrat Ludovic Lubmighausen heraus. Dieser Zigeleibeger, Mitinhaber des „unparteilichen“ Generalanwalterers für Lubmighausen und Aufsichtsrat eines hiesigen Dugends Altiergesellschaften, dürstet nach dem Blut der Streikenden; in seinen Ausführungen sagte er u. a.:

„Der gegenwärtige Zustand schreie zum Himmel. Wer werde denn von den strafrechtlichen Bestimmungen getroffen? Nur unordentliche Menschen, Wesen und Agitatoren. Die Arbeitswilligen müßten in Zukunft besser geschützt werden, und wenn es Blut koste. Der Arbeitswillige ist eine heilige Person, er muß geschützt werden, koste es, was es wolle!“

Der millionenreiche Oberscharfmacher Ludovic gehört volltätig der nationalliberalen Partei an, seine blutrünstigen Ausführungen und sein Dicksinn mit den Arbeitswilligen fanden verständnisvolle Zustimmung bei der Mehrheit der pfälzischen Industriellen.

Konservatives Demunziantentum. Auf dem Mittelstandstag in Braunschweig wurde ein Referat des Professors Lamprecht aus Brüssel über Warenhäuser und Konsumvereine u. s. w. angeht, weshalb, weil der in Aussicht genommene Redner Ausländer ist. Das veranlaßt die „Kreuzzeitung“ zu einer fanatischen Demunziation, indem sie schreibt:

„Vergleiche man nun gar damit die schonende Rücksichtnahme gegen die Sozialdemokratie, auf deren Parteitagen Ausländer ganz ungeschminkt politische Wehrmaßregeln halten, so muß dieses unterschiedliche Vorgehen als höchst bezeichnend. Es muß bei den „Genossen“ schon zu direkt skandalösen Vorkäufen kommen, wie ihn auf dem Parteitage in Stuttgart der Engländer Quetch hervorrief, ehe sie schief angefaßt werden. Derselbe Quetch, der damals wegen seiner Wastlosigkeit ausgewiesen werden mußte, macht sich jetzt wieder in Chemnitz auf dem sozialdemokratischen Parteitage als Redner in dem sogenannten „Massenmeeting“ breit.“

Es wäre auf jeden Fall zu wünschen, daß im ganzen Reich gegenüber ausländischen Rednern in Versammlungen politischen Charakters nach einheitlichen Grundregeln vorgefahren würde. Zur Stärkung des Reichsentpfindens kann es nicht beitragen, wenn auf einer wirtschaftspolitischen Tagung ein Referat über eine politische recht unverständliche Frage unterlag wird, die Sozialdemokraten aber ungestört in ihrem „Massenmeeting“ ausländische Redner als Agitatoren wirken lassen dürfen.“

Die Konservativen tun sich soviel zugute auf ihre vornehme Kampfesweise und die schäbige Demunziationstheorie des Gunterblattes soll jedenfalls auch nichts weiter darstellen, als einen gang markanten Ausdruck konservativer „Vornehmheit“.

Scheiben tun weh! Der bisherige Leiter der Nationalliberalen Korrespondenz, Dr. Stephan-Neumann, ist aus seinem Amt ausgeschieden — worden. Sein Nachfolger ist ein Herr Carl Trudisch-Verlin. — Es erregte einiges Aufsehen, als Stephan-Neumann mit der Leitung des parteiamtlichen nationalliberalen Organs betraut wurde, denn er war garnicht nationalliberal, sondern reichsverbündlerisch und Antisemit. Zur Förderung der Werken in den Reihen der Nationalliberalen hat er alles beigebracht, was in seinen schwachen Kräften stand. Viel war es ja nicht, aber schließlich mußten seine Auftragsgeber bei ihm den Willen für die Tat nehmen.

Landtagswahl. Bei der Erwahlung im Wahlkreis Berent-Dirschau-Pr.-Stargard für den verstorbenen Abgeordneten Pöbbeck wurde der Kandidat der Deutschen, Rechtsanwalt Menzel-Dirschau (nat.) mit 884 Stimmen gewählt. Der Kandidat der Polen, Probst Drobiencki, erhielt 208 Stimmen.

Die Bagabunden.

Roman von Karl von Hottel.

87

Vierundvierzigstes Kapitel.

Unser Wanderer besaß — Dank sei dem geheimnisvollen Abenteurer, dem er vorgestanden, und der Reueigung der Menschen für das Verbotene, Verhüllte — eine recht hübsche kleine Reisetasche. Sein abgelaufener Paß, von Paris ausgehellt, zwang ihn öfters dahin zurück; folglich fand er keine Schwierigkeiten, sich einer Tilgung zu bedienen, und er hielt in der lärmenden, schmutzigen Hauptstadt einen anständigen Einzug. Was er zuletzt erlebt, was ihm vorkam, die Flucht zu ergreifen, mochte zwar unterwegs noch auf und ab durch seine Sinne, und bisweilen rief er sich die Umarmung des schönen Mädchens allzu lebhaft ins Gedächtnis. Doch je näher das verräterische Ungelium, in dessen Bauche er sich eingeschachtelt befand, dem Ziele der Fahrt kam, je heftiger das unerträgliche, mit jeder Post schlechter werdende Straßenpflaster ihn emporküßelte aus weichen, weichen Phantasten, desto klarer stieg wieder Abens Bild in ihm auf, desto lebhafter wuchs seine Hoffnung, die treue, teure Fremdin doch wohl aufzufinden! Mitleid als Belohnung, vom Gesicht ihm zugedacht! Denn im ganzen meinte er, mit sich zufriedener sein zu dürfen. Einen Moment abgerechnet, wo er in leicht beweglicher Verblendung schwach genug gewesen, den Gatten neben der Gattin zu verpassen, hatte er doch die Stimme der Pflicht gehört und ihr nachgegeben, da es noch nicht zu spät war, sich zu ermannen. Er durfte ohne Reue und Scham an den dieberischen Mann zurückdenken, der ihm vertrauensvoll nachgegeben. Dies Bewußtsein rief ihm freudige Zubericht. Daß er Abende wiederholte, erbat er sich vom Gesicht zum Lohne der Entfaltung bei Mädchen.

Der Kondukteur der Tilgung, womit er die Fahrt zurückgelegt, empfahl ihm eine Wohnung bei stillen, alten Leuten, die für einzelne Herren, wenn diese geringe Ansprüche machen wollten, gern die Hälfte ihrer aus zwei Kammerchen bestehenden Wohnung einräumten. Anton's Ansprüche stimmten mit solchen Anerbieten überein; er ergiff diesen Zuspruch um so eifriger, weil seine künftigen Hausleute in ihrer Abgeschiedenheit vom äußeren Leben ihn hoffen ließen, er werde ihnen gegenüber nicht nötig haben, durch Gespräche zu erweisen, wie der in Liebenauftritte Anton ein in Paris geborener Antoin sei. Des legeren Paß wußte er freilich nicht ohne Besorgnis in den Händen der Behörde und entzante manchen tiefgeliebten Geschiefer zum Himmel, besagter Antoin möge in Diensten Seiner kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller Russen und Neuen bereits herrliche Progressen gemacht, jeden Gedanken an Heimkehr aufgegeben haben, vorzüglich aber in Paris keine Verwandten besitzen, die da etwa kämen, sich nach dem verlorenen Sohne zu erkundigen!

Was unser Freund Anton „eine Nachforschung“ zu nennen beliebte, begann am ersten Tage, wie er sich zur Kammer

häuslich eingerichtet, das heißt seine Bücher und Papiere ausgelegt und einen Schreibtisch aufgeschlagen. Er begab sich nach Francant's Theater, wo er sämtliche Mitglieder, von den ersten (die Unternehmener eingerechnet) bis zum letzten Statisten des eben in Kunst stehenden Schachtemelodramas herab, mit Fragen über Abende Tortur befrügte. Als er nach unglücklichen Versicherungen, daß man nichts von ihr vernommen, immer wieder auf neue zu fragen begann, hielten sie ihn für verrückt und ließen ihn stehen.

Weiteren Rat wußte der Gute nicht. Einige der Wohlmeyneren hatten ihm zwar vorge schlagen, sich bei der Polizei nach ihr zu erkundigen. Doch diesen Rat ließ er unbenutzt. Einestheils, weil ihm vor Entdeckungen, seine eigene Person betreffend, bangte; dann aber und hauptsächlich, weil er sich sagte, wenn sie nicht bei Francant's war, wenn diese nichts von ihr wissen, befindet sie sich auch nicht hier. Denn was sollte sie aufgesucht haben in Paris, wenn nicht ihr Vetter? Es wird schon sein, wie Herr Aubri meinte, sie ist nach England hinüber! Sie ist mir wirklich verloren! Ach, und ich fürchte, nun bin ich es mir auch.

Eine Mutlosigkeit kam über ihn, wie sie nur in einer solchen Weltstadt über dem einsamen, völlig verlassenen Jungling kommen kann, der gleich bei seinem Eintritt erfuhr, was ihn mit zauberischem Hoffnungsstimmer dahergelockt, sei ein Irrlicht gewesen, sei als solches verloschen... verführunden. Hatte er kindisch gewöhnt, Adele müsse ihm begegnen, sobald er nur einmal durch die Hauptstraßen der Stadt gehe und müsse ihm entgegenrufen: „Sieh! da, mein Freund, Gott grüße Dich; nun ist alles gut, weil Du nur hier bist!“

Ach, es rief ihm niemand freudig an; er begegnete nur fremden Gesichtern; er verzehrte sich in deutschem Gemüth. Doch je tiefer Helmut, Sehnsucht, Wehmuth ihm die Brust durchdrangen, desto trostlicher suchte er sich anzustellen. Mit verbissener Wut ging er spottlachend einher, als wollte er diese flüchtige Stadt entgelten lassen, daß sie einen Engel wie Adele nicht in ihren Mauern einschleife. Nur leider war er es allein, der dabei zu kurz kam; denn die Stadt machte sich nicht viel aus seinem Groll, sie bemerkte ihn garnicht. Sie fuhr fort, Paris zu sein.

Das von ihm geführte Tagebuch aus jener Zeit ist reich an Ergänzungen seines Unwissens, die durch ihre Natürlichkeit fomsich werden. Er meinte die Stadt zu strafen, daß er von ihren Wertwürdigkeiten keine Notiz nahm und sich einseitig in seine Zelle verbergte. Einmal doch fiel ihm bei, das Schauspiel zu besuchen; „Ihr großes, berühmtes Nationaltheater will ich sehen; will doch sehen, ob sie einen Ludwig Devrient besitzen?“

Einige demselben mindestens nicht unähnliche oder doch der Vergleichen mit ihm würdige Darsteller hätte Anton vielleicht auf kleineren Bühnen gefunden. Er aber, ohne Kenntnis der Sache, allen Verhältnissen fremd, dachte gleich vom reinsten, besten Weine sollen zu trinken, der seiner Ansicht noch einzig und allein in der Straße Richelieu gefeiert werden konnte, wo ein théâtre français, die erste Bühne des Landes und daneben

die erste aller Länder, florieren sollte. Er traf es unglücklich, Palma spielte nicht. Die übrigen in ihrem tragischen Pathos, wie er es nie vernommen, schienen ihm unnatürlich, unwahr, lächerlich, fragenhaft. Dieser üble Eindruck tat ihm gut. Es lag für ihn ein neuer Grund darin, Paris geringzuschätzen. Vielleicht, wenn er das heitere Nachspiel abgewartet und in diesem die Mars gesehen und gehört hätte, würde ihm anders zu mute geworden sein. Diese Worte war ihm nicht beschieden. Woburh sie ihm geraubt wurde, eignet sich zum Gegenstande einer ausführlichen Schilderung.

Die ganze Tragödie hindurch hatte Anton, mochte er nun wollen oder nicht, an Liebenau und dessen Bewohner, Lidgebungen, an alles denken müssen, was er dort erlebt und empfunden; so lebhaft, daß er kaum Aufmerksamkeit genug sammeln konnte, dem Laufe des dramatischen Geschehens zu folgen. Dies erschien ihm selbst auffallend. Er forschte nach äußerlichen Ursachen, weil er eine Innere nicht zu entdecken vermochte. Zuerst meinte er, vornehm lächelnd, es seien die tragischen Schauspieler mit ihrem Gefährde, die ihn — um so mehr, weil sie ein Drama von „Cornelle“ darstellten — an die Kräfte des Berges mahnten, von dessen Gipfel er zuletzt die Schwermüthe des heimlichen Dorkes gesehen. Er wandte sich also zeitweise von der Bühne ab und suchte sich in Betrachtung des versammelten, aufmerksamen Publikums einige Aufmerksamkeit und Sammlung zu verschaffen. Doch das half ihm nichts, ver schimmerte im Gegenteil die Sache. So öffnete seine Augen über die mit schön geputzten Damen angefüllten Ballons glitten, desto deutlicher stieg das Liebenauer Herrenhaus samt Wälderwäldchen vor ihm auf. Durch angelegte Prüfung dessen, was bei dieser Aktion in ihm vorging, geriet er endlich auf die wunderliche Mutmaßung, sie sei entschrieben an einen bestimmten Platz des großen Schauspielhauses geknüpft. Gerade wenn sein Blick an diesem hing, regten sich die heimlichen Erinnerungen am unbedenklichsten. Es dauerte lange, bis ihm der Einsatz kam, die Personen zu mustern, die sich an jenem Plaze befanden. Er sah einen Herrn mit Brillengläsern, der ihm völlig fremd schien; an dessen Seite eine Frau, von der, wie man sich bisweilen ausdrückt, er durchaus nicht wußte, woher er sie bringen sollte. Daß ihm die Dame bekannt vorkam, war keine Frage. Doch wo konnte er sie kennen gelernt haben? Hier in Paris gewiß nicht. Und sonst? Die Zahl seiner weiblichen Bekanntschaften war unendlich gering. Name für Name im Augenblick genannt.

„Nein, es ist ein Irrtum. Ich kenne sie nicht! Und dennoch ist sie es, sie ganz allein, deren Ähnlich, noch ehe ich bedacht mit seiner Klar bewußt wurde, diesen ahnungsschweren Eindruck auf mich herbeigebraut! — Und jetzt fängt sie mich! — Sie richtet ihren Oberkörper, sie reißt die Gläser mit dem Luche, mich deutlicher zu erkennen, — sie versucht, mir anzudeuten, daß ich sie begrüßen möchte, wenn die Nähe ihres Begleiters sie nicht daran verhindert... Bin ich denn ein Narr? — Warum ich das? — Ist es Otilie? — Ist es Laura? — Ist es Adèle? — Ist es Richelieu? — Nein, keine von allem Ja, mein Gott, wer ist das Weib?“ (Schließung folgt.)

Ausland.

Holland.

Wahlrechtsdemonstrationen.

In Haag fand am Dienstag die Eröffnung der Parliamente unter dem üblichen Gepränge statt. Die Thronrede enthält die allgemeinen Wrafen von den freundschaftlichen Beziehungen zu den anderen Staaten, von dem guten Stande der Landwirtschaft, Handel, Industrie, Seefahrt und Finanzen, aber kein Wort von der Einführung des allgemeinen Stimmrechts.

Aus diesem Anlaß veranstalteten unsere Genossen in Haag eine riesenhafte Demonstrationssammlung an der nach Berichten bürgerlicher Blätter gegen 20,000 Personen teilnahmen.

Die Versammlungsredner sprachen für das allgemeine Stimmrecht und tadelten den Bürgermeister, der den Zug durch die Stadt verboten habe. Nach der Versammlung, als die Königin bereits ins Schloß Soestdyk zurückgekehrt war, bildeten die Teilnehmer an der Versammlung große Gruppen an den Zugängen zum Parlamentsgebäude. Polizeimannschaften, durch Gendarmerie verstärkt, bildeten eine Kette. Nichtsdestoweniger durchdrangen verschiedene Trupps auf dem Plage, wo sich die Ministerien befinden, die Absperrung. Die Beamten zogen blank. Die Demonstranten sammelten sich von neuem und sangen sozialdemokratische Lieder.

Rußland.

Polsterungen in russischen Gefängnissen.

Herr Cherkow, der Chef des russischen Gefängniswesens, ließ sich mit besonderer Entschiedenheit die Behauptung entgegen, daß die in russischen Gefängnissen vorgenommenen Verbesserungen die Gefangenen vor dem Verfall bewahren werden. Die russischen Gefangenen sind die, das Wohlsein der Gefangenen und Wohlfahrt bringt nur schwer an die Öffentlichkeit, etwaige Mängel vor Gericht sind bei dem Einschüchterungssystem gegenüber den Besagten nur selten möglich. — Warum soll also der „wahrscheinlichste“ Oberchef der russischen Gefängnisse nicht mit seinen schönfärbischen Berichten an die Öffentlichkeit treten? Welchen Wert sie indessen haben, geht aus folgenden Mitteilungen hervor, die die Weteroburger „Reichs“ an einem Tage zu bringen vermochte. Die erste Mitteilung betraf einen Prozeß, der am 5. September vor der Wilnaer Gerichtskammer begann. Angeklagt sind zwei Gefängniswärter, Kowalew und Korniowski; den Gegenstand der Anklage bildet die Polsterung des Katorgangefangenen Semjon Uglewitsch, der nach der Polsterung starb. Die ärztliche Untersuchung hat festgestellt, daß die Schläge, die den Tod des Gefangenen herbeiführten, im Gefängnis ausgeübt wurden. Die Schuld der Angeklagten, die den Gefangenen nach einem misshandelten Fluchtversuch und der Wiedereinkerkung ins Gefängnis eine ganze Nacht hindurch in Karzer schlugen und folterten, ist durch Zeugenaussagen erwiesen.

Die zweite Mitteilung desselben Blattes betrifft den offiziellen Rapport eines Heilgehilfen in Naddolnaja, wo die beim Bau der Amur-Bahn beschäftigten Katorgangefangenen platziert sind. Der Heilgehilfe bittet den Sanitätsrat zu ersuchen, ihn vom Dienste zu dispensieren. Die Ursachen, die mich hierzu veranlassen, sind folgende: Die Kranken Gefangenen werden mit Gewalt zur Arbeit gezwungen; ich sehe es aber einer aus Schwäche ab, zur Arbeit zu gehen und bitte um ärztliche Hilfe, so werden ihm eiserne Fesseln angelegt und außerdem eine Reihe grausiger Schläge verabfolgt; diese Prozesse nimmt der Oberaufseher Trojnikow und der russische Wachtmeister in Abwesenheit der Vorgesetzten vor, danach legen sie den Gefangenen in den Karzer, und erst von dort gelangt er in das Spital. Außerdem bin ich zweimal zur ärztlichen Untersuchung von Gefangenen beordert worden, die einer Exekution unterworfen werden sollten; dies geschah aber nur der Form wegen; der Gefangene, bei dem ich eine schwache Verwirrtheit konstatierte, wurde dennoch mit Nuten durchgeführt. Ich bin nicht imstande — so schließt der Heilgehilfe seinen Rapport — meinen Dienst fortzusetzen, da ich dies alles nicht ertragen kann.

Frankreich.

Der Kampf der Lehrer. Der Verband der Lehrerbildung erklärt in einem von 18 Syndikaten unterzeichneten Aufruf, daß er durch sein Eintreten für den Souveränität, für den allgemeinen Arbeiterverband und für den unschuldig verurteilten Soldaten Kroustet weder eine antipatriotische noch eine antimilitaristische Kundgebung, sondern nur seine Gemeinschaft mit der Arbeiterklasse betätigt habe. Der Verband kündigt sodann an, daß er dem von der Regierung erlassenen Auflösungsbeschlusses entschieden Widerstand entgegenzusetzen werde, vor allem, um die verweilichte Schule zu schützen und den Rücktritt der Eltern zu bieten, die bereits lärmend triumphierten.

Rundblick über die Fleischsteuerung.

Der Reichskanzler und die Steuerung.

Die Hohn auf die Entschließungen der Kommunen und auf die Protestationen des Volkes klingt eine Meldung der „Kieler Neuesten Nachrichten“, nach der der Reichskanzler seine Entschließung über eventuelle Reichsmaßnahmen gegen die Fleischsteuerung verzagt habe. Zuerst sollen die Bundesregierungen über die Vorschläge des Reichsamts des Innern befragt werden.

Billiges Fleisch — für das Ausland.

Aus Hamburg schreibt der „Frankfurter Zeitung“ ein Fachmann: „Vor 14 Tagen kamen hier 82.000 Pfund feinste, mildgelbliche südamerikanische Hammelfleuten an, die zum Preise von 21 Mark per 50 Kilo netto ab Hamburg nach Schweden verkauft wurden. Am 14. d. Mts. kamen wieder 100.000 Pfund solcher Hammelfleuten an, die wohl ebenfalls nach Skandinavien weiterverkauft werden. Nach Deutschland darf diese Ware nicht eingeführt werden des Fleischbeschaugesetzes wegen, aber die Tatsache zeigt, daß es doch noch billiges Fleisch, und zwar feinstes, von gesunden Tieren gibt. In Skandinavien werden diese Hammelfleuten, die auch viel von Island exportiert werden, eben angeräuchernd und dann in Scheiben geschnitten wie toter Schinken auf Brot gegessen, was von diesen südamerikanischen Lämmern ganz ausgezeichnet schmeckt. Ein Eingangs Zoll dafür besteht in dem agrarischen Bauernstaate Dänemark überhaupt nicht und in Schweden ist er nur ganz gering. An der Süd- und Westküste Südamerikas, in Patagonien und Punta Arenas, werden Hunderttausende von Schafen des Fleisches, der Haut und der Wolle wegen geschlachtet, während das Fleisch der schrotigen Transportverhältnisse wegen nicht exportiert werden kann in gestorenen Zustände; die Keulen werden rund herausgeschlachtet, und das andere Fleisch wird zu Fleischkonserven (boiled mutton) an Ort und Stelle verarbeitet.“

In Dänemark und Schweden werden wöchentlich 40 bis 45.000 Schweine für Export geschlachtet. Der weitaus größte Teil geht leicht gefalzen, Inzuchtlos gemacht nach England, während ungefähr 1000 Schweine wöchentlich frisch geschlachtet durch Deutschland vom Norden nach der Schweiz ausgeführt werden. Die Einfuhr lebender Schweine aus Dänemark ist seit 15 Jahren verboten, obgleich Dänemark, wie auch unsere Reichsregierung weiß, daß die Schweinefreie Welt sich jetzt gefahrlos Einfuhr lebender Schweine von Dänemark gestattet würde, würden mindestens 25-

bis 30.000 lebende Schweine von Dänemark nach Schweden wöchentlich den deutschen Märkten zugeführt werden, und da bei uns die Notierung für Schweine jetzt schon auf 90 Mark per Zentner gestiegen ist, wäre es nicht der Reichsregierung und des Bundesrates, der darüber zu bestimmen hat, die Einfuhr lebender dänischer und schwedischer Schweine sofort zu gestatten. Der Zoll beträgt 9 Mark per 100 Kilo Lebendgewicht, während er vor dem 1. März 1906 nur 5 Mark per Schwein betrug, ohne Rücksicht auf das Gewicht.

Die Bestimmung der Einfuhr dieser lebenden Schweine würde eine Erleichterung der Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Schweinefleisch zur Folge haben. Die Öffnung der holländischen Grenze, die ebenfalls für lebende Schweine nach Deutschland gesperrt ist, würde wenig Nutzen haben, weil seit einem Jahre Frankreich die Einfuhr lebender holländischer Schweine gestattet hat und 10 bis 15.000 Schweine wöchentlich von Holland nach Frankreich exportiert werden seit dieser Zeit.

Trotzdem steht unsere Regierung mit verschärften Armen da und sieht zu, wie andere Länder in den Besitz billigen Fleisch kommen, während bei uns die Fleischsteuerung immer weiter fortschreitet.

Maßnahmen gegen die Teuerung.

Eine am Donnerstag stattgefundene Sitzung des Gemeinderats in Tena hatte sich mit der „Verhinderung der Teuerung“ zu beschäftigen. Die Vertreter der Sozialdemokratie hatten einen Antrag eingebracht, der unsere bekannnten Forderungen enthält und den Vorschlag enthält: „Der Gemeinderat wolle außerdem vorläufig eine Summe von 10.000 Mark bewilligen, damit städtische Einrichtungen reichlicher werden zur Versorgung der Bevölkerung mit preiswerten Lebensmitteln.“ Zur Erledigung dieser Angelegenheit wählt der Gemeinderat aus seiner Mitte eine Kommission von sieben Mitgliedern. Nach der Beratung des Antrages durch Genossen Leber gab auch der Oberbürgermeister zu, daß in diesem Jahre eine Fleischsteuerung eingelesen ist, die dringend nach Abhilfe schreit. Ueber den eingebrachten Antrag wurde getrennt abgestimmt. Der erste Teil fand einstimmige Annahme, wogegen sich gegen den letzten Absatz eine Minderheit von 4 Stimmen erklärte.

Die sofortige Einberufung des Deutschen Städte Rates, der Maßnahmen gegen die Teuerung treffen soll, verlangte eine in Freiburg a. B. tagende Konferenz der Oberbürgermeister der badischen Städte.

Protestaktionen gegen die Teuerung.

Protestveranstaltungen gegen die Teuerung fanden in diesen Tagen in allen Teilen des Reiches massenhaft statt, in Weiskirchen, Straßburg in Sachsen, Großenhain, Neustadt bei Coburg, Konstanz, Radolfzell, Triberg, Waldkirch in Baden.

Ein Scharfmacherblatt zur Teuerung.

Das Organ der rheinisch-westfälischen Zechen- und Hüttenkapitalisten, die „Vergewaltigung“, kommt in ihrer Nummer vom 15. September in ihrer wirtschaftlichen Wochenumschau abermals auf die Fleischsteuerung zu sprechen. Nachdem sie festgestellt, daß wir uns in einer außerordentlich günstigen Konjunktur befinden, fährt sie fort:

„In unglücklichen Momenten, die die gute Weltkonjunktur beeinträchtigen, und in der Zukunft noch mehr beeinträchtigen können, ist bei uns in Deutschland vor allen Dingen die Verteuerung der Lebenshaltung zu erwähnen. Es ist daher immer wieder die Forderung zu erheben, daß die Regierung energische Schritte unternimmt, um insbesondere der Fleischsteuerung entgegenzuarbeiten. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß in erster Linie hier eine umfangreiche Einfuhr von Fleischfleisch in Betracht kommt, die von der Regierung billig unterstützt und gefördert werden sollte. Die Forderung wird, und zwar nicht etwa von einer Seite, die der Regierung gewohnheitsgemäß Opposition macht, sondern aus weiten Kreisen der national gesinnten Bevölkerung so laut und so dringend erhoben, daß es uns wundernehmen sollte, woher die Regierung den Mut nehmen will, dieser Forderung noch länger zu widerstreben. Sollte sie uns auch diesmal wieder mit einer Stillstille kommen, was in kürzlich nachgewiesen wird, daß eine Fleischnot garnicht besteht, und daß die Öffnung der Grenzen für Fleischfleisch dem Verbraucher nicht hilft, sondern die Landwirtschaft schädigt, so hat sie allein die Verantwortung dafür zu tragen, daß die Ungleichheit mit ihrer Politik von Tag zu Tag wächst und daß sich diese Ungleichheit in einer Weise äußert, die einer geordneten Fortentwicklung unserer politischen und nationalen Verhältnisse nicht förderlich sein kann.“

Ausdrücklich stellt also das Kapitalistenblatt fest, daß aus allen Kreisen der Bevölkerung die Forderung nach billigeren Lebensmitteln erhoben wird. Wird die Regierung Wehmann noch länger in Latenzlosigkeit verharren und zusehen wie das Volk hungert?

Ueber die Ursachen der Fleischsteuerung darf nicht gesprochen werden.

Dieser Grundsatz wird im Stadtparlament in Oesterode proklamiert. Die Stadt liegt in der Domäne des Reichstagsabgeordneten Nehbel, der auf dem Gebiete der Schnapsproduktion als Autorität gilt. Der einzige Sozialdemokrat, der in dieser Stadtparlamentssitzung teilnahm, wollte bei der Erörterung über eine Eingabe wegen der Fleischsteuerung die Ursachen dieser Teuerung schildern, und daher auch auf die Schuldteile eingehen, doch da schwang der Stadtparlamentenortsteher seine Klode und unterbrach den Referenten mit dem Bemerkten, er würde ihn über die Wirtschaftspolitik und über die Zölle nicht sprechen lassen, denn das sei eine politische Rede. Ueber den Redner erklärte, daß die Fleischsteuerung mit der Wirtschaftspolitik und den Zöllen in Zusammenhang stehe, und daß er gerade auf die Ursachen eingehen müsse, um deren Beseitigung empfehlen zu können, wollte das dem Herrn Vorsteher nicht einleuchten. Schließlich erkannte selbst die Stadtparlamentenversammlung die Fleischsteuerung an und beschloß, eine Eingabe an die Staatsregierung zu richten.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Walenburg, 17. September. Ueber den Beleidigungsprozeß gegen Genossen Oesterode bringt die „Bergwacht“ aus Anlaß einer neuen Verhandlung vor der zweiten Instanz nachstehenden Bericht:

Unter Aufgebot eines umfangreichen Zeugenapparates gelangte am Freitag vor der ersten Instanz in Schöndorf der Beleidigungsprozeß gegen Genossen Oesterode aufs neue zur Verhandlung. Bekanntlich wurde Genosse O. vom Walenburger Schöffengericht wegen Beleidigung des Porzellandrehers Pöfcher (vom gelben Verband) zu der sehr hohen Strafe von zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte Genosse Oesterode Berufung eingelegt. Um es gleich vorweg zu sagen: „Es bleibt bei der Bestrafung.“ Zwar hat die Berufungsinstanz den Vorderrichter korrigiert, zu einem Freispruch aber, wie man ihn auf Grund der Beweisführung hätte erwarten müssen, konnte sich der Gerichtshof nicht verstehen. Dem Angeklagten wurde lediglich der Schutz des § 193 des Str.-G.-B. zugesprochen und das Urteil dahin abgeändert, daß an Stelle der zweimonatlichen eine einmonatliche Gefängnisstrafe tritt.

Begründend führte der Vorstehende, Landgerichtsrat Simbal, aus, daß der Angeklagte unter dem Schutze des § 193 des Str.-G.-B. gehandelt, dabei sich aber einer Beleidigung schuldig gemacht habe. Die beleidigenden Äußerungen erachte der Gerichtshof auf Grund der eblischen Aussage des beleidigten Pöfcher als erwiesen. Die positiven Behauptungen des Pöfcher können nicht aus der Welt geschafft werden, trotz aller negativen der anderen Zeugen, die nicht akzeptiert haben, oder nicht ge-

hört haben wozu. Der Angeklagte habe die Pflicht verletzt, den Beleidigten bei den Ausdrücken beruhigend zu sein, die Ermessung der Strafe anbelangt, so war zu erwägen, daß der Angeklagte eine im politischen Leben lebende Persönlichkeit sei, was strafmildernd in Betracht gezogen werden müsse, andererseits ist Pöfcher schwer angegriffen worden. Das Gericht erachte deshalb einen Monat Gefängnis für eine angemessene Sühne.

Trotz der Herabminderung der Strafe wird das Urteil Fremden erregt. Schon der Umstand, daß das Urteil ergangen ist auf Grund eines einzigen Zeugnisses, und daß weiteren Umständen, daß ein Tugend an derer Entlassung abzugeben, die bei der Verurteilung zu erwägen waren und genau geübt haben, was der Angeklagte geliebt hat, läßt erkennen, wie unhalbar das Urteil ist. Und die Aussage des Hauptbezeugenden selbst: wie unklar, unbestimmt und unsicher war dieselbe. Gegen das Urteil wird Revision eingelegt werden.

Uindorf, 18. September. Schwere Unfallsfall. Der Sohn des Bauernutshofers Geier wurde von einem Pferde, das er in die Schmelde zum Beschlagen führte, sehr schwer verletzt.

Schweidnitz, 18. September. Unglücksfall. Vorgerichten mittags verunglückte in einem Garten auf der Reichenbacher Straße ein Mann beim Rasenmähen. Er rutschte vom Rasen ab und zog sich beim Sturz auf den Erdboden einen Oberschenkelbruch zu. Der Verunglückte wurde nach einem Krankenhause überführt.

Sangerhausen, 18. September. Ein erschütterndes Kind als Opfer der Arbeit. Der beim Gutbesitzer B. beschäftigte elfjährige Knabe J. hatte beim Grasmähen zu tun; als er von einer haltenden Grasmäschmaschine das Gras entfernen wollte, rissen die Pferde plötzlich an und ihm wurde der linke Arm im Gelenk von dem Messer der Maschine betriebe durchschnitten. Der Knabe wurde nach dem katholischen Krankenhause gebracht.

Posen, 18. September. Erschossen. Vorgestern abends erschloß der 14jährige Sohn des Wirtshausbesizers Hoffmann in Rodmannsdorf den bei Hoffmann in Dienst stehenden Rutscher Arnold, Sohn des Häuslers Arnold daselbst. Während der Hoffmannsche Familie noch beim Abendessen saß, spielte der Knabe mit einem Revolver. Die Waffe entlud sich und die Kugel traf den mit in der Stube anwesenden Knicht so unglücklich, daß der telefonisch herbeigerufene Arzt nur noch den Tod bescheinigen konnte. Der unvorsichtige Schütze entfernte sich heimlich und konnte die Nacht hindurch nicht gefunden werden.

Binglau, 18. September. Ertrunken. Der Arbeiter Dops aus Klein-Göllnisch wurde am Sonntag im Haber als Leiche aufgefunden. Er war nachts in die hochangewollenen Blüten gestürzt und ist in diesen ungetommen.

Wiesbaden, 18. September. Abgebrannt. Am Montag brach im Wohnhause des Tischlermeisters Häbler in den Weghäusern bei Wiesbaden, hiesigen Kreises, Feuer aus, welches das Wohnhaus, Scheune und Stallung umfassende Anwesen in Asche legte. Die Ursache des Brandes ist unbekannt.

Wohlau, 18. September. Einen Menschen gerettet. Der Landwirt Hermann Feil in Schlesien hat zu 28. Juni die 11jährige Maria Hannig aus Klein-Welisch, Kreis Wuhrau, die sich in Gefahr des Ertrinkens befand, aus der Barick gerettet. Der Regierungspräsident bringt diese von Entschlossenheit und Opferfreudigkeit zeugende Tat unter dem Ausdruck seiner Anerkennung zur öffentlichen Kenntnis.

Parteiangelegenheiten.

Wegprozeß. Das Schöffengericht in Kiel verurteilte den Genossen Wielenberg als verantwortlichen Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ in Kiel wegen Beleidigung durch die Presse zu 150 Mark Strafe, eventl. 16 Tagen Gefängnis. Die Beleidigung soll in einem Artikel enthalten sein, den die Volkszeitung veröffentlichte und in dem gesagt wurde, der Volkstisch Dähne und der Kontrolleur der Wach- und Schließgesellschaft, Cassau, beide in Jh-hoe, hätten einen episch veranlagten Menschen, als er auf der Straße einen Unfall bekam, mit Häuten geschlagen. In der umfangreichen Zeugenvernehmung bestritten die beteiligten Personen, nämlich der Volkstisch und der Kontrolleur, sowie einige Schüler, daß der frange Mann mit Häuten geschlagen worden sei. Andere Zeugen bestätigten dagegen das in dem Artikel Behauptete. Das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis nicht für erbracht. Die Aussagen zweier Zeugen, die die Behauptungen des Artikels eiblich bestätigten, wurden dadurch abgetan, daß man in der Urteilsbegründung erklärte, die Zeugen ständen mit dem Artikel in Verbindung, deshalb könne man ihrer Aussage nicht folgen. Das geschah, trotzdem Genosse Wielenberg ausdrücklich versichert hatte, daß beide Zeugen mit dem Artikel garnichts zu tun gehabt hätten.

JUNO
2 PF
QUALITÄTS-CIGARETTE

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Müller. — Redaktion und Expedition: Neu-Brandenburger-Str. 7. — Verlag der „Bergwacht“, G. m. b. H. — Druck von H. Schmitt, G. m. b. H. — Vertrieb in Dresden, Leipzig & Weitzschen.

Refer! Bevorzugt bei Euren Einkäufen unsere 3 m. — 1000000 und die Adressen des Verlags, Quellen-Verzeichnisses.

Persil

das selbsttätige
Waschmittel

ist nicht nur beim Waschen und Bleichen weisser Wäsche unübertroffen, sondern es desinfiziert auch in hervorragendem Masse. Besonders wichtig für Bunt-, Wollwäsche, sowie Kranken- und Kinderwäsche, die nicht gekocht werden darf. Einleches Waschen in handwarmer Lauge (30-40°) genügt, um sie ebenso rein und bakterienfrei zu machen, wie gekochte weisse Leinen- und Baumwollwäsche. Erhältlich nur in Original-Paketen, niemals lose.
HENKEL & Co. DÜSSELDORF. Allezeitige Fabrikanten auch der allbeliebtesten

Henkel's Bleich-Soda

Verkaufsstellen sind durch Plakate erkenntlich!

Stadt-Theater
Dienstag 7 1/2 Uhr:
„Carmen“
Dienstag 9 1/2 Uhr:
„Oberst Chabert“
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Der Freischütz“

Lobe-Theater
Dienstag 7 1/2 Uhr:
„Eine Frau ohne Bedeutung“
Dienstag 9 1/2 Uhr:
„Gyges und sein Ring“
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Eine Frau ohne Bedeutung“

Thalia-Theater
Dienstag 7 1/2 Uhr:
„George H. R. Rühling“
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Basemann's Tochter“

Schauspielhaus
Dienstag 8 Uhr:
„Alt-Wien“
Dienstag 9 1/2 Uhr:
„Der Gannawalt“
Freitag 8 1/2 Uhr:
„Gün“

Liebich's Etablissement
27503 Telefon 1010
Täglich abends 8 Uhr:
„Die Revue der Revuen“
mit Henry Bender.

Viktoria-Theater
Kampf mit einem Alligator unter Wasser.
Ausserdem 10 Attraktionen.
Anfang 8 Uhr.
Bon-wochenends gültig.
Jeden Sonntag 2749 von 11 bis 12 Matine.

Zeitgarten
Dr. L. Komant, Tel. 2077.
Zur großen beachtlich renovierten Saal erstklassige
Spezialitäten-Vorstellung.
Im Tunnel
(Einzigartigste von Deutschland)
Damen-Orchester-Corps (La Paloma). 2747
Entree frei.

Zeitgarten.
Donnerstag abends 11-2 Uhr:
Kabarett
Im grünen Saal (2849) unter Leitung des gesamten Künstler-Peripatals.

Palmengarten
2741
2 Kapellen
Entree frei.

Dominikaner.
Jeden Abend
Riedel.

Zirkus Busch
Welt-Kino
Gala-Vorstellung.
Neues Programm!

Sid des Stefan Muller
2. Teil, genannt
Der Eidbruch des Sohnes
Empfindensvolles Drama in 4 Akten.
mit Kunst von Schauspieler
Lieber.
Stefan Muller, I. Teil.
Spielzeit 7 1/2 Stunden.
Anfang 8 Uhr. 2748

Entree 19 Pf.
für II. Platz und Galerie.

EDENTHEATER
Breslau, Nikolaistrasse 27
Grösster und schönster Lichtspielpalast.

Heute neues Programm.
„Rätsel seines Herzens“
Sensationsdrama in 2 Akten.
Die Rose von Theben.
Drama in 2 Akten.
Ferner
das bekannte Elite-Programm
Wochentags nachmittags von 4-7 Uhr:
Familien-Vorstellung,
wo jedes Kind in Begleitung Erwachsener nur die gesetzliche Kassensteuer zahlt.
Künstler-Konzert.
Angenehmer Aufenthalt.

277 Voller und Voller wie Nieher! Probieren Sie „Panama-Schiffel“ 25, 40 und 75 Pa. 2611

Trauring Alter
Kupferschmiedestr. 17
Ecke Schmiedebrücke

Pfänder-Auktion
Montag, d. 22. Sept., 6. 27. 29 107
Friedrich-Wilhelmstr. 61, I. 2840

Zoppen-Bügel
für alle Arten. Hengel, 2748/15.
Ich kaufe geb. Möbel
6. Platz, Postreise, Toback, Holz, u. d. d. Wohn-Güter, geg. sol. Zahl. Wähler.
Friedrichstr. 53a, vorm. Gartenstr.

Strickmaschinen
mit Platt 30-50 Stabnum. 30/10.
Katalog gratis. P. Kirsch, Braunschweig.

Gebr. Gobelbänke
jed. Post. Tisch, 2748/15. G. Werkh. Tisch, fast geg. sol. Zahl. Wähler.
Friedrichstr. 53a, vorm. Gartenstr.

Anzüge
billig in re. Fabrik
8,75, 12, 15, 18, 22 Pf., nach Maß, elegante Verarbeitung.
17, 21, 24, 28, 32 Pf. [2243]
Herrenkleiderfabr. M. Juliusberger
Friedrichstr. 41, 2. Stg. (Klein Markt).

Damen-Filzhüte
billigst direkt in der Fabrik
Freund & Krebs,
Neue Grapenstr. 11, Hof.
Filzhüte werden modernisiert. 2741

Verleih-Institut eleganter
Frack-
2124 und Rock-Anzüge
Chapeau-Claques.
H. Mohaupt
Schweidnitzerstrasse 8a, I
Eingang Karlstrasse
(früher Albrechtstrasse).
Tel. 1301.

Ueberzieher.
Anzüge
Anzahlung Nebensache!
Möbel
einzelne Stücke, ganze Einrichtungen.
Bequemste Abzahlung.
Max Biermann,
52 Ring 52, I. Etage
neben der Stadtkasse.
Kataloge gratis.
Lieferung nach auswärts franco.

Postenüberlein melde ich Verwalt.
Straße 14, II. Stg. 2740
In Cosel bei Breslau
für bei Vorkauf (siehe Wohnungen von 12 bis 15 Zim. mit allem (Bau, Bad etc.) 2740

Vornehm
wird ein ja ist, seines Geschl., reines, jugendliches Aussehen, weisse, sanfter Haut und ein solches Teint. Alles dies erzeugt die adeln ehte
Glockenherb-Villennilch-Säfte
à St. 50 Pf. Je nach macht der
Taba-Cream
ist ein reines Haut in einer Nacht weisse u. fauneweisse. Tube 50 Pf. bei
M. G. Schwartz, Chaussee, 4
Rudolf Behring, Seestraße, 11
H. Galland, Pöbmannstr. 25/27
Frz. Glanzel, Pöbmannstr. 30
Frz. Glanzel, Pöbmannstr. 38
F. Jurek, Chaussee, 30
B. Kerstner, Neumarkt
Friedr. May, Albrechtstr. 40 und
Kleine Albrechtstr. 30
Erwin Mayer, Gartenstr. 75
W. Mielck, Chaussee, 117
P. Rothmann, Albrechtstr. 11
Oscar Rosmann, Neumarkt 18 und
Kleine Albrechtstr. 47
M. Schütze Neff, Riststr. 97
A. Schütze, R. Schwedingerstr.
O. Spörleder, Pöbmannstr. 50
Morck-Apothek, Albrechtstr. 11.

Die Kleidung gegen Verun- schlinget mehrerlei nehmen ich gut und warm vor Weiter- verichtung.
W. Bock, Kapellstr., Kriemhildstr. 286
Große Auswahl gebr. Möbel Schränke, Weisstell., Kommod., Vertik., Sofas, ganze Wohn-Einrichtung, etc. zu Verkauf. Friedrichstr. 53a. 2748

Privat-Handels-Schule „Barber“
Breslau V, Gartenstrasse 57, neben Liebhof
Telephon 2447. 2562
Beginn neuer Kurse **Anfang Oktober 1912**
Prospekte bereitwilligst kostenlos.

Nur vom 19.-29. September!
Breslau, auf den Teichäckern!
Hagenbeck's grösste indische Völkerschau der Welt.
150 Indier, Männer, Frauen, Kinder, sowie Riesen-Elefanten, Bären, Affen, Schlangen usw. usw.
Eine in ihrer Art einzig existierende Schau, in welcher man im Zeitraum einiger Stunden
kurz alles, was Indien bietet, kennen lernen kann.
Donnerstag, den 19. September nachmittags 2 Uhr: Eröffnung.
Die **Schaustellung** ist eine **Sehenswürdigkeit** und hat einen hohen ethnographisch-wissenschaftlichen Wert.
Täglich von 11 Uhr morgens bis 10 Uhr abends geöffnet.
Grosse Promenaden-Konzerte ab 3 Uhr nachmittags.
Unbeschränkter Aufenthalt!
Preise der Plätze: Logensitz 2.15, I. Tribüne 1.60, II. Tribüne 1.10, Stehplatz 0.55 M. inkl. Biletsteuer.

das Land sein Volk sein Leben sein Treiben seine Sitten seine Gebräuche seine Trachten seine Gewerbe sein Handwerk seine Gaukelien seine Schulen seine Arbeiten seine Zauberer seine Pracht seinen Reichtum seine Belustigung seine Dressuren seine Geschicklichkeiten seine Eigenarten seine Frauen seine Kinder usw. usw.

Excelsior

Bester und zuverlässigster Pneumatik



Hannov. Gummiwerke „Excelsior“ A.G.
Hannover-Linden 2.



Donnerstag, den 19. September 1912.

Die Trufmagnaten als Dynamitarben.

Unter dem Vorzeichen der Dynamitaktion sind wir zu dem Schicksal der Mitglieder des Arbeitervereins, durch Dynamitaktionen die Streikbewegung der Arbeiter zu beschleunigen, wie folgt:

Der heftige Kampf, den die Tarifarbeiter von Lawrence, Mass., neun Wochen hindurch, von Mitte Januar bis zum 21. März dieses Jahres, unter unübertroffenen Umständen, mit unerschütterlicher Ausdauer und unerschöpflicher Energie gegen die wirtschaftliche Übermacht arbeitgeberhafter Schlichter, gegen die gewalttätige Festsetzung der staatlichen und kapitalistischen Behörden, gegen das brutale Subsequenz der Polizei und der Militärs, gegen die wiederholten Anträge ihrer verbündeten Feinde, gegen die unerbittliche Härte der Verurteilung durch die Richter, hat ein neues Kapitel in der Geschichte der Arbeiterbewegung geschrieben. Die drei Ordnungsgesetze haben nach dem Scheitern der Verhandlungen verabschiedet, während des großen Lohnkampfes in Lawrence an verschiedenen Orten Dynamit zu platzieren, um den Verdacht, den Anschlag geplant und vorbereitet zu haben, auf die Streikenden zu lenken; einen Turm der Arbeiter, welcher als Lager für Dynamit diente, zu zerstören; die Arbeiter und Arbeiterinnen zu töten und die Angehörigen zum Selbstmord zu verleiten.

In der Zehnerwerkstatt von Urbino in Prato, in dem Hauptquartier einer Arbeiterbewegung und auf dem Marsch der Arbeiter, wurde ein Bombenanschlag verübt. Die Arbeiter wurden verletzt, mehrere aber von ihrer Teilnahme auf dem Marsch abgehalten. Schon bald nach dem Anschlag wurde die Wahrheit vollständig festgestellt.

Im Februar wurde der Schulmeister Joseph V. P. von einem französischen Mann (Wagenführer) von Lawrence und die ganze Arbeiterbewegung und die Arbeiter der „Dynamitaktion“ verurteilt. Die Verurteilung ist schuldig, das Dynamit wurde in einem Versteck bei dem ehemaligen Urbano in Prato verpackt und die Erhaltung einer Arbeiterbewegung durch die Arbeiter zu verhindern. Die Arbeiter wurden durch die Arbeiterbewegung verurteilt, die Arbeiter zu töten und die Arbeiterinnen zu verleiten.

Die Arbeiterbewegung der Arbeiter in Lawrence, Mass., wurde durch die Arbeiterbewegung verurteilt, die Arbeiter zu töten und die Arbeiterinnen zu verleiten. Die Arbeiter wurden durch die Arbeiterbewegung verurteilt, die Arbeiter zu töten und die Arbeiterinnen zu verleiten.

Die Arbeiterbewegung der Arbeiter in Lawrence, Mass., wurde durch die Arbeiterbewegung verurteilt, die Arbeiter zu töten und die Arbeiterinnen zu verleiten. Die Arbeiter wurden durch die Arbeiterbewegung verurteilt, die Arbeiter zu töten und die Arbeiterinnen zu verleiten.

Stadt-Theater.

„Die Janderviere“ von W. A. Mozart.

Am Dienstag konnte man sich wieder an den unvergänglichen Melodien Mozarts ergötzen. Ein gut besetztes Haus folgte der im allgemeinen recht annehmbaren Aufführung mit großem Interesse und zeichnete namentlich den prächtigen Sarsiro des Herrn Wittke als Pops aus. Neu war Herr W. als Laminio. Die Stimme des Sängers ist frisch, jung und sympathisch, doch behält die allzu offene Singweise, die manchmal wieder mit gedrückten Tönen wechselt, nicht recht. Es ist aber die Hoffnung vorhanden, daß Herr W. mit der Zeit zu einem recht brauchbaren Künstler heranreifen wird; freilich müßte mit der stimmlichen Entwicklung auch die schauspielerische Hand in Hand gehen. Die Behandlung des Dialogs läßt gleichfalls noch sehr zu wünschen übrig; — Fräulein Zuzka gab sich als Vanina einfach und innig; auch gelanglich war die Leistung sehr achtungswert. Die junge Sängerin wird noch dazu von einer sehr angenehmen Erscheinung unterstützt. Eine recht seltsame Papageno war Fräulein Blum, welche Fräulein Volter ersetzen soll. — Nicht ganz so einverstanden kann man sich mit der neuen Koloraturfängerin erklären. — Fräulein Hirschmann verfügt zwar über eine nicht unbedeutliche Reifheit, musikalische Sicherheit und sichere Höhe, eine Modulation der Stimme ist jedoch kaum zu bemerken; auch ist der Timbre kein sonderlich sympathischer. Vielleicht gewinnt man in einer anderen Rolle einen besseren Eindruck. Herr Paas würde besser tun, seinem alten Meister mehr Würde als jugendliches Feuer zu verleihen. Die übrigen Partien waren zum Teil in bewährten Händen. — Das Orchester unter Herrn Tissors Leitung spielte mit wohlwollender Parteilichkeit und Durchsichtigkeit. O, wenn es doch immer so bliebe!

Lobe-Theater.

Als erste Klassiker-Vorstellung der gegenwärtigen Spielzeit wurde am Dienstag „Gyges und sein König“ vor einer kleinen Hellschmiedegemeinde gegeben. Denn das große Breslauer Theaterpublikum (gibt es hier überhaupt ein solches), das hat für den vielleicht tiefsten deutschen Dramatiker nichts übrig (wenn der Mensch wenigstens ein Breslauer gewesen wäre). Es sucht sich „geistreichere“ und weniger anstrengende „Vergnügungen“ aus. Ja, wenn der „alte Kaiser“, so nennt man in gewissen Kreisen das altmodische, aber immerhin gemüthliche Lobe-Theater, ein prächtiges Foyer hätte, in dem man während

den eine oder zwei in der Mitte von Nützigen des Unternehmungs war, die Unternehmungen durch die Polizei und die Arbeiter zu verhindern, wie folgt:

Am 22. Januar, zwei Tage nach der „Mittwoch“ der Dynamitaktion, wurde die Polizei durch die Tarifarbeiter verurteilt, die Arbeiter zu töten und die Arbeiterinnen zu verleiten. Die Arbeiter wurden durch die Arbeiterbewegung verurteilt, die Arbeiter zu töten und die Arbeiterinnen zu verleiten.

Die Arbeiterbewegung der Arbeiter in Lawrence, Mass., wurde durch die Arbeiterbewegung verurteilt, die Arbeiter zu töten und die Arbeiterinnen zu verleiten. Die Arbeiter wurden durch die Arbeiterbewegung verurteilt, die Arbeiter zu töten und die Arbeiterinnen zu verleiten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. September.

Der Frauenabend vor dem Landgericht.

Wie unsere Lesern noch erinnerlich sein wird, ließ der Breslauer Polizeipräsident im Februar 1912 acht Frauenabende durch Anwesenheit und Teilnahme übersehen. Die Genossinnen wußten sich diese Maßnahme nicht zu erklären, zumal das Vereinsgesetz Mißbrauch und Mißhandlung der Vereinsmitglieder gestattet werden nicht überlassen. In letzter Zeit haben die Anwesenheit Frauen bei Straßenspaziergängen und Teilnahme an den Anwesenheiten der Frauenabende abgelehnt. Die Polizei war der Meinung, der Anwesenheit der Frauen bei Straßenspaziergängen und Teilnahme an den Anwesenheiten der Frauenabende abgelehnt. Die Polizei war der Meinung, der Anwesenheit der Frauen bei Straßenspaziergängen und Teilnahme an den Anwesenheiten der Frauenabende abgelehnt.

Das Verbot, das sich mit den Einsprüchen der Genossinnen und Genossinnen beschaffte, beurteilten den Genossen Müller als allein verantwortliches Vorstandsmitglied zu 30 Mk. Geldstrafe. Dagegen wurden die übrigen mitangeklagten Mitglieder des Vereins freigesprochen. Die Genossinnen betrachteten das Verbot als Verletzung der politischen Versammlungsfreiheit und verurteilten sie zu je 30 Mk. Geldstrafe. Nur zwei Genossinnen wurden freigesprochen. In den Urteilen gründeten sie es, so große Vereine wie die sozialdemokratischen, können nicht als geschlossene Gesellschaften gelten. Die Frauenabende seien deshalb öffentlich gewesen. Es seien aber auch politische Ziele erreicht worden, das geht aus den Anzeigen in der „Volkswacht“ hervor. Die Verurteilung gegen die Genossinnen Müller und der beurteilten Genossinnen. Die Strafe

betraf in allen Frauenabenden abgelehnt werden sollte, und in zwei Verurteilungen abgelehnt werden sollte, wie durch die Anwesenheit der Frauen bei Straßenspaziergängen und Teilnahme an den Anwesenheiten der Frauenabende abgelehnt. Die Polizei war der Meinung, der Anwesenheit der Frauen bei Straßenspaziergängen und Teilnahme an den Anwesenheiten der Frauenabende abgelehnt.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen verabschiedet, während des großen Lohnkampfes in Lawrence an verschiedenen Orten Dynamit zu platzieren, um den Verdacht, den Anschlag geplant und vorbereitet zu haben, auf die Streikenden zu lenken; einen Turm der Arbeiter, welcher als Lager für Dynamit diente, zu zerstören; die Arbeiter und Arbeiterinnen zu töten und die Arbeiterinnen zu verleiten.

Die Frauen und die Angestellten-Versicherung.

Am 1. Januar 1913 tritt die neue Angestellten-Versicherung in Kraft, und nach im November 1912 waren die Vertrauensmänner gewählt. Da es an der Zeit, auch die weiblichen Angestellten daran heranzuführen, war wichtig ihre Beteiligung an den kommenden Wahlen. Sie haben nicht nur das Recht, die Vertrauensmänner zu wählen, sondern ihnen steht auch das passive Wahlrecht zu. Die Frauen sind durch die neue Versicherungsgesetze in die Angestelltenversicherung einbezogen. Die Vertrauensmänner haben die Pflicht, für die Angestellten zu sorgen, die die Versicherungsgesetze in die Angestelltenversicherung einbezogen. Die Vertrauensmänner haben die Pflicht, für die Angestellten zu sorgen, die die Versicherungsgesetze in die Angestelltenversicherung einbezogen.

Viele weibliche Angestellte werden im Herbst zum ersten Mal in die Lage kommen, an den Wahlen zu einer Körperschaft teilzunehmen, so die Handwerkerinnen, Arbeiterinnen, Schauspielerinnen, Arbeiterinnen usw. Es wird immer sein, so alle zur Wahl heranzuziehen, und doch müssen die angestellten Angestellten gemacht werden. Die Teilnahme an den Wahlen ist durch die neue Versicherungsgesetze in die Angestelltenversicherung einbezogen. Die Vertrauensmänner haben die Pflicht, für die Angestellten zu sorgen, die die Versicherungsgesetze in die Angestelltenversicherung einbezogen.

In Breslau werden die Vertrauensmänner der Versicherung am 3., 4. und 5. November gewählt. Es darf jeder männliche und jeder weibliche Angestellte wählen, den 21 Jahre alt ist.

Aber niemand wird zur Wahl zugelassen, wenn er nicht eine Versicherungskarte vorlegen kann. Es müssen sich deshalb auch alle versicherungspflichtigen Männer und Frauen sofort eine Versicherungskarte besorgen. Sie wird jedem Ange-

der Panzen seine neuen Rollen zeigen, in dem man sitzen könnte; aber, nur die Handlung dort auf der Bühne verfolgen zu müssen; wie sad. Nein, das ist nichts für das Breslauer Theaterpublikum, das einem Fremden außerordentlich unheimlich erscheint.

Wir haben es schon öfter bemerkt, nicht wieder bei der Erstaufführung der „Frau ohne Bedeutung“, daß dieses Publikum den Vorgängen auf der Bühne keine Spur von Verständnis entgegenbringt, wir haben uns seiner geschämt, wenn es oft an Stellen von vornehmer Tragik in ein bloßes Lachen ausbrach. Man will sich eben auf jeden Fall amüsieren, will lachen. Wegen dieser Vorurteile haben sich die Breslauer Arbeiter geschämt. Denn für sie ist von Bildungsaufstieg wiederholt eine Angelegenheit veranlaßt worden. Er läßt nur das Breslauer Bürgerertum, was uns durchaus nicht mit Freude erfüllt, sind doch sie es gegenwärtig noch immer, für die hauptsächlich alle bildende und darstellende Kunst schaffen muß, da der arbeitenden Bevölkerung in ihrer Mehrheit die Mittel fehlen, um sich einen ständigen Theaterbesuch leisten zu können. Vielleicht ist aber dennoch möglich, in jenen bürgerlichen Kreisen das fehlende Kulturgefühl wieder wachzurufen. Und das ein solches Publikum, dem der geistige Inhalt eines Stückes Fettsüß ist, nicht dazu übergeht, mit den Darstellern einen unendlichen Personensturz zu treiben, darf einen nicht mehr wundernehmen. Und nur so ist es zu verstehen, daß es sich einige, oder eigentlich — so weit das Lobe-Theater in Frage kommt — nur ein Darsteller es sich immer wieder gefallen darf, dem Publikum eine Schale ohne Kern zu bieten. Wir haben hier das Spiel des Herrn Skoda im Auge. Obwohl wir schon öfter gezwungen waren, seine rein rhetorischen Leistungen auf uns wirken zu lassen, so ist uns die innere Leere seines Spieles nie so peinlich geworden, als gestern. Wir glaubten, daß ein Darsteller des „Gyges“ noch andere Aufgaben hätte als zu schreien. Seelische Vorzüge werden bei diesem Herrn nur durch mehr oder minder starkes Schreien angedeutet. Ein fortwährender Schwall von tönenden Worten trifft unser Ohr, der aber durch seine geringe Modulationsfähigkeit bald ermüdet. Jede innere Stimmung wurde durch das laute Geplapper zerstört. Vielleicht vermischt Herr Skoda doch einmal, uns zu zeigen, daß er nicht nur laut, sondern auch gut zu sprechen versteht. Und dann würde es auch nichts schaden, wenn er der Geste mehr Aufmerksamkeit widmete. Es wäre schade, wenn er diese Warnung in den Wind schlug und vielleicht meint, daß ihm nur die hämische Kritik etwas an Zeugnissen nützt. Vielleicht er sich nicht zu sehr auf Publikum, das ist unvollständig, Enthusiasmus inhaltsreicher war das Spiel des Herrn

Wauer als „König Randaules“, wenn er uns manchmal auch etwas modern amüsete und man ihm vielleicht auch in einigen Szenen mehr Würde und Resonanz entgegenbrachte hätte. Jedenfalls strahlte aber sein Spiel eine gemüthliche Wärme aus. Er gab eine gut und geschmackvoll durchgearbeitete Leistung. Doch das Beste schenkte uns Frau Sauten. Den Grundzug dieser herrlichen Gestalt: die herbe Menschlichkeit, die in dieser, die Gattinliche zu einem stillen veredelnden Frau zu dieser Tragik ausbricht, diesen Grundzug brachte Frau Sauten in einem deutlichen, aber dennoch hinreichenden Spiel zum Ausdruck. Auch Herr Johow gab den Sklaven Thoas mit zu Herzen gehender Schlichtheit. Der Regie waren manche Szenen mehr als gelungen. Wenn trotzdem so mancher nicht recht warm werden konnte, so lag das wohl an der Leere des Hauses, die um so niederdrückender wirkte, weil wohl jeder fühlte: die Künstler dort auf der Bühne hatten wirklich größere Beachtung verdient. F. Förster.

Aus aller Welt.

Die drei verschütteten Bergknappen.

Bis heute mittag ist es nicht gelungen, die auf der Fels Auguste Viktoria (Rettinghausen) verschütteten drei Knappen zu bergen. Beim Zusammenbruch des Gebirges sind riesige Mengen Felsen und Kohlen niedergegangen, die erst weggeräumt werden müssen, um zu den Verschütteten zu gelangen. Wenn dieses Ziel erreicht sein wird, läßt sich nicht sagen, da man nicht bestimmt weiß, wo die drei Bergleute liegen. Die Rettungsarbeiten werden ununterbrochen und mit größter Aufopferung fortgesetzt. Da man seit dem Zusammenbruch vor drei Tagen von den Verunglückten nicht das mindeste Lebenszeichen erhalten hat, ist die Hoffnung, sie lebend zu bergen, sehr gering.

Neue Opfer der Arbeit.

Die Firma Nett u. Gelmsheim war im Begriff in Niederlust bei Speyer a. Rh. ein Haus zu bauen. Das Gebäude stürzte in sich zusammen und begrub fünf Arbeiter, die alle schwer verletzt wurden.

Eisenbahners Ende.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich Dienstag morgen gegen 1/2 Uhr auf der Eisenbahnstrecke Longau-Amiens (Frankreich) zugetragen, auf der gegenwärtig Streckenarbeiten ausgeführt werden. Drei Arbeiter bemerkten

stellen in der Steuerabteilung ausgeführt, in deren Bezirk er arbeitet. Die Ausgabezeit ist von 5 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends. Als Ausweis dient in der Steuerabteilung die Steuerkarte oder die Invalidenkarte.

Was die Versicherungsgesellschaften zahlen.

Gegen die „Volkspflege“, die von den Gewerkschaften und Berufsvereinen errichtet werden soll, hegen schon jetzt mit allen Kräften die kapitalistischen Versicherungsgesellschaften. Was sie aber dem Arbeiter für seine schwer verdienten Groschen bieten, das möchten wir an einem Beispiele klar machen.

Ein hiesiges Arbeiter-Ehepaar trat vor 15 Jahren der Versicherungsgesellschaft „Fides“ bei, und Mann und Frau zahlten von dieser Zeit an regelmäßig alle Wochen je 20 Pf. In diesen langen Jahren haben die Leute also im ganzen an Beiträgen 312 Mark eingezahlt. Der Versicherungsvertrag war jetzt abgelaufen und es entfiel die Frage: Was haben die Versicherten zurückerhalten? Nun, mit der Dividende von 8,18 Mark zahlte ihnen die deutsche Lebensversicherungsgesellschaft „Aurora“ sage und schreibe 218,18 Mark. Das sind also 103,12 Mark weniger, als sie an Beiträgen hingegeben hatten. Das ist ein Geschäft, freilich nicht für die armen Leute, die sich wöchentlich 40 Pf. vom Wunde abdarben, wohl aber für die Versicherungsgesellschaft.

Wer sein Geld in einer Sparkasse anlegt, im Konsumverein oder im Baufonds des Gewerkschaftshauses, der bekommt nicht nur den eingezahlten Betrag heraus, er wird ihm auch verzinnt. Die privaten Versicherungsgesellschaften, die sich besonders in diesen Tagen als sehr arbeiterfreundlich aufspielen, verstehen es ausgezeichnet, in ihre eigene Tasche zu arbeiten.

Ärztlicher Sonntagdienst.

Wir haben jüngst an einem Beispiele nachgewiesen, wie schwer es unter Umständen in Breslau ist, Sonntag einen Arzt zu erreichen, der einem Kranken beisteht. Aus Berlin kommt jetzt die Nachricht, auf einen Aufruf des Vorstandes des Groß-Berliner Ärzteauschusses zur Beteiligung an ärztlichen Sonntagsdiensten haben sich so viel Ärzte bereit erklärt, daß damit die Möglichkeit gegeben ist, eine Sonntagsruhe durchzuführen. Die beteiligten Ärzte haben jetzt endgültig über die Organisation usw. zu entscheiden.

Wir denken, was in Berlin möglich ist, das geht auch in Breslau. Vielleicht nimmt der Krankenkassen-Verband die Sache in die Hand und ersucht die Herren Ärzte, für Breslau einen geregelten Sonntagdienst einzurichten, der für sie gleichzeitig eine Sonntagsruhe bedeuten würde.

Die Mittagspause der Arbeiterinnen

in Fabriken muß nach einer Entscheidung der Breslauer Strafkammer unter allen Umständen eingehalten werden.

Die Reichsgewerbeordnung schreibt im § 137 vor: Arbeiterinnen dürfen nicht in der Nachtzeit von acht Uhr abends bis sechs Uhr morgens und am Sonnabend sowie an Vorabenden der Festtage nicht nach fünf Uhr nachmittags beschäftigt werden. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen darf die Dauer von zehn Stunden täglich, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage von acht Stunden nicht überschreiten. Zwischen den Arbeitsstunden muß den Arbeiterinnen eine mindestens einstündige Mittagspause gewährt werden. Nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit, heißt es dann weiter, ist den Arbeiterinnen eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens elf Stunden zu gewähren. Der Buchdruckerbesitzer Hugo Fleischmann stand wegen Verletzung dieser Arbeiterschutzbestimmungen am Dienstag vor der ersten Strafkammer. Die in seinem Betriebe beschäftigten Mädchen wollten an den Sonnabenden freiwillig auf die Mittagspause verzichten und dafür um 3 Uhr nachmittags entlassen werden. Fleischmann ging auf den Vorschlag ein; er ließ die Mädchen am Sonnabend über Mittag arbeiten und schon um 2½ Uhr mit der Arbeit aufhören. Das Schöffengericht sprach Fleischmann frei, weil er im Einverständnis mit seinen Angestellten und auf deren Wunsch die vorgeschriebene Mittags-

pause nicht gewährt hatte. Das Urteil hat aber die Strafkammer aufgehoben und der Angeklagte, sein Arbeitgeber hat das Recht eine gesetzliche Bestimmung auszuheben und unbeachtet zu lassen. Das Urteil schreibt die Mittagspause vor und darnach hätte sich Fleischmann richten müssen. Auch die Tatsache, daß er im Einverständnis mit seinen Angestellten gehandelt habe, ändert daran nichts. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 8 Mark.

Für Vorsehung des Oberbürgermeisters Kirchner in Berlin ist als Vertreter der Stadt Breslau Bürgermeister Trentin entlassen worden. Er wird am Sarge des allseitig verehrten Mannes einen Kranz niederlegen, dessen Schleißen mit dem Breslauer Stadtwappen geschmückt sind.

Achtung, Poliarbeiter! In der bürgerlichen Presse und durch Agenten werden Arbeiterwillige nach Wliska gesucht. Es wird gebeten, den Jargon nach dort fernzuhalten. Die Kollegen in diesem ergebirgischen Orte stehen im Streit, weil die Arbeitgeber eine Verbesserung der geradezu erbärmlichen Löhne verweigern.

Die Zentral-Kranken- und -Ererbekasse für Tischler und andere gewerbliche Arbeiter (G. S. Nr. 8, Dainburg) hat in der 22. Generalversammlung, abgehalten zu Heilbronn, neben vielen wichtigen Beschlüssen in Versicherungsweisen eine neue sogenannte **Notstandskasse** in Sterbefällen für ihre Mitglieder ins Leben gerufen, die einmütig mit rückwirkender Kraft vom 1. Juli dieses Jahres in Kraft tritt. Die Vorzüge dieser Kasse können von allen Mitgliedern ohne Unterschied des Alters, auch solchen, die bereits ausgemerzt und noch krank sind, aber keine Aussicht haben, je wieder erwerbsfähig zu werden und wegen Mittellosigkeit ordnungsgemäß auszuweichen, durch baldigen Eintritt erworben werden, spätestens jedoch bis 31. Dezember 1912. Nach diesem Termine werden nur Mitglieder der Zentral-Krankenkasse für Tischler usw. aufgenommen, wenn sie zurzeit des Eintritts gesund, nicht über 45 Jahre alt sind und das durch Unterschrift befunden. Das Eintrittsgeld beträgt 1 Mark, der monatliche Beitrag 20 oder 40 Pf. Wenn Sterbefall eines Mitgliedes wird den Hinterbliebenen eine einmalige Unterstützung gewährt und zwar für Mitglieder der 1. Klasse 80 Mark, der 2. Klasse 160 Mark. Kein Mitglied sollte es verschämen, dieser Klasse beizutreten, die unbedingt bessere Vorteile als manche zweifelhafte Versicherung bietet und auf ganz gesunder Grundlage aufgebaut ist. Anmeldungen werden jeden Sonntagabend im Kassenlokal, Perlenstraße 19, angenommen.

Verdienste Rüsse. „Rüssen ist keine Schuld“, heißt es in einem bekannten Volkslied. Doch kann es vorkommen, daß ein unerwarteter Ruß mitten recht teuer zu stehen kommt. Der Arbeiter Karl Mendel hatte sich an einem Juliabend in Kleinburg einem Dienstjüngchen von hinten genähert und ihr billigschnell ein paar Rüsse gegeben. Da das Mädchen einen unglücklichen Angriff befürchtete, schrie sie laut um Hilfe, so daß ihr Vater herbeikam, der in der Nähe weilt, und den liebesdürstigen jungen Mann festhielt. Das Mädchen sollte einen Schuhmann herbeiholen. Ehe der Beamte kam, wurde Mendel sehr erregt und beleidigte den Vater des Dienstjüngchens, weshalb er sich jetzt vor dem Schöffengericht wegen tätlicher Beleidigung gegenüber dem Mädchen und wegen Beleidigung des Vaters verantworten mußte. Der Angeklagte behauptete, nicht er, sondern sein Freund, ein gewisser Külliger, hätte sich zu den stürmischen Liebesbegehrungen hinreißend lassen. Die Beweisaufnahme ergab aber im vollen Umfange seine Schuld und so lautete das Urteil auf dreißig Mark Geldstrafe wegen Beleidigung in zwei Fällen.

Aus dem Landreise.

Schimmeliges Brot und Mehl mit Würmern! Auf einem Rittergute im Kreise Neumarkt erkrankten vor kurzer Zeit zehn galizische Arbeiter. Es stellte sich heraus, daß die Erkrankung der Leute auf den Genuß von Brot und Mehl zurückzuführen war, das der Bäckermeister Rudolf Stein in Leuthen an das Dominium geliefert hatte. Das Brot war nämlich stark schimmelig gewesen und das Mehl (Deputat) soll Würmer und Maden enthalten haben. Am 18. Juli 1912 wurde das unsaubere Brot im Breslauer chemischen Untersuchungsbüro geprüft und als verdorben und zum Genuß

für Menschen ungeeignet erklärt. Am Dienstag fand der Badermeister vor der ersten Breslauer Strafkammer wegen Nahrungsmittelverfälschung. Zur Verhandlung waren der Gerichtspräsident Dr. Löffler und Regierungsrat Dr. Carlort als Sachverständige geladen. Der Staatsanwalt beantragte wegen der ekelhaften Unsauberkeit fünf Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf eine Woche Gefängnis.

Wpeltitz. Der Frauenabend in Wpeltitz war diesmal ziemlich gut besucht. Genosse Sacher hielt einen Vortrag über das Thema: „Die Frauen und der politische Kampf“, welcher lebhaftes Interesse erweckte. In der durch diesen Vortrag hervorgerufenen Aussprache wurde betont, daß es leider noch immer eine Anzahl Genossinnen gibt, die den Frauenabenden fernbleiben, und die Anwesenden gaben das Versprechen, mehr als bisher in rastloser Agitationsarbeit tätig zu sein. Die Leiterin des Frauenabends, Genossin Blech, ersuchte die Anwesenden noch, sich für den Kinderzuschuß mehr zu interessieren und alle Vorkommnisse an sie oder Genossin Sacher zu richten. Nach Schluß des Frauenabends blieben die Genossinnen noch längere Zeit bei fröhlichem Gesang und Scherz beisammen und alle waren der Meinung, wieder einmal einen anregenden und genussreichen Abend verlebt zu haben.

Neumarkt. Eine Agitationsversammlung für die reichste Jugendbewegung fand am Montag, den 16. September, im Hotel „zum Hohen Paule“ statt, in welcher Herr Pastor Rappert aus Mielchsdorf einen Vortrag über „Jugendfürsorge“ hielt. Am 18. Januar 1911 erließ — so führte der Referent aus — der preussische Kultusminister einen Aufruf, in welchem er aufforderte, überall da, wo es möglich ist, Jugendvereine zu gründen, damit diese in christlicher Demut und Vaterlandsliebe erzogen würden, denn das Vaterland steht in Gefahr. Dann kam der Herr Pastor auf die Jugendbewegung der Sozialdemokratie zu sprechen, die schon seit 1900 besteht und zu seinem Bedauern müsse er feststellen, daß die Partei ungeheuer im Wachstum begriffen ist. Dann schimpfte er über die verwerfliche Jugend, deren Eltern stets in Irrenhäusern enden, oder dem Schnapssteifen ergebend sind.

Daß die Sozialdemokratie den Kampf gegen den Schnapssteifen schon vor Jahren mit aller Energie aufgenommen, scheint der Herr Pastor nicht zu wissen. Wo ist seit unendlichen Zeiten — und bis zur Stunde — dem Alkohol am meisten gehuldet worden? In den Ländern, wo die Kirche den meisten Einfluß hatte und noch hat, wenn andere Verhältnisse in moralischer Beziehung eintraten, eine andere Jugend erzogen werden soll, so muß dies in ganz anderer Weise geschehen als durch Wadenspielererei und systematische Einimpfung patriotischer Märchen, die unserer Jugend in den acht Schuljahren zum Ueberflusse beigebracht werden. Wir brauchen vor allem bessere wirtschaftliche Verhältnisse. Die Schafft kein Minister durch Erlasse, wie es 1911 der Kultusminister getan. Es hilft auch nicht das Gefammer und Geschimpfe der Geschickten, sondern nur die Sozialdemokratie.

Unser ist das Volk, unser auch die Jugend!

Wliska. Der aufmerksame Amtsrichter Herr von 70-jährige Holzarbeiter Karl Kuntze zu Wliska fuhr am 5. September mit einem Wagen Stall für das Dominium des Herrn Peterian. Er machte vor dem Gattenshof des Herrn Gebauer Halt und ging hinein, um sich eine kleine Stärkung zukommen zu lassen. Den Wagen mit dem Ochsen gespannt ließ er (Wliska: Werbrechen!) ohne Rücksicht auf der Straße stehen. Nun soll einer der Ochsen die Grabenböschung hinuntergefallen sein und konnte sich von selbst nicht erheben. Da kam so von ungeschick der Amtsrichter Herr v. Rheinbaben daher, sah dieses Unglück und die Folge war ein Strafmandat in Höhe von 2 Mark oder 2 Tagen Haft. Also für jede Mark einen Tag Haft. Wir wollen die Unachtsamkeit des alten Mannes nicht beschönigen, aber diese Strafe ist doch außerordentlich hart, wenn man bedenkt, daß der alte Mann einen Tagelohn von 90 Pfennig erhält.

Als vor kurzem ein Inspektor von einem Nachbarante des Amtsrichters die Frau eines Anrichters mit dem Stode prügelte, mit dem Stode gemüht und die Frau des Anrichters gemüht beschimpfte, hat der Amtsrichter kein Strafmandat erlassen. Das war ja auch bloß „Gefinde“, und da schadet es nichts. Als voriges Jahr ein Arbeiter wegen Arbeitsverweigerung eine Woche eingesperrt wurde, mußte derselbe die Strafe im Spritzenhause in Wliska absitzen, wurde keinen Tag an die frische Luft geführt, und die ganze Woche blieb der Stöbel mit dem Urat in der Hülle. Durch die Hitze und den fast unerträglichen Gestank wurde der Arbeiter nach Verhöhnung der Strafe ohnmächtig und krank. Das hatte der Herr Amtsrichter nicht gesehen; ja, der Arbeiter sollte später noch einmal eingesperrt werden. Hier handelt es sich aber nur um einen „Unfall“ bei einem Tiere, und da kommt gleich ein solches Strafmandat. Dieser Vorfall ist wieder einmal ein Beweis, wie das Volk und das Gefinde eingeschätzt wird.

das Peranahmen des Expresszuges Paris—Calais zu spät, sodas ihnen keine Zeit mehr blieb, zur Seite zu springen. Zwei von ihnen wurden sofort getötet, der dritte kam mit leichteren Verletzungen davon.

Ein neuer Höhenrekord. Der Flieger Logagnone hat Dienstag morgen in Villacoublay (Frankreich) allen Höhenrekord geschlagen. Er erreichte eine Höhe von 5600 Metern.

Ein Rekord für Wasserflugzeuge. Ein Telegramm aus Paris meldet: Der Flieger Weyman stieg vorgestern früh in einem Wasserflugzeug bei Antwerpen auf, um an einem Tage bis Paris zu fliegen. Nach Zwischenlandungen in Biffingen, Boulogne und Dieppe flog er über Havre—Rouen in der Absicht, inmitten von Paris auf der Concordebücke gegenüber der Deputiertenkammer zu landen. In Fernon, Departement Eure, kam er jedoch vom Wege ab. Sein Flugzeug blieb bei einer allzu jähen Wendung an einem Baume hängen und erlitt mehrfache Beschädigungen. Er konnte den Flug nicht fortsetzen, hat mit ihm jedoch einen Rekord für Wasserflugzeuge aufgestellt.

Eeltener Münzenfund in der Nähe von Vermont. Ein großer und seltener Münzenfund wurde im Dorfe Grieben bei Vermont gemacht. Spielende Kinder fanden in dichten Sträuchern einen Topf voll alter Münzen, im ganzen nicht weniger als 1800 Stück, darunter Prachtexemplare aus Gold und Silber. Die Münzen stammen zum größten Teile aus dem 15. Jahrhundert, doch sind auch einige des 16. und 17. Jahrhunderts darunter. Die Münzen sind sämtlich sehr gut erhalten und sehr wertvoll.

Ein englischer Dampfer auf eine Seemine aufgelaufen. Der englische Dampfer „Darnes More“ von der Johnsonlinig aus Liverpool, der gestern nachmittag auf der Fahrt nach Saloniki die Dardanellen vor dem Fort Karaburu passierte, wollte die Fahrt nach Saloniki fortsetzen, ohne den Lotsendampfer abzuwarten. Da er weder die Signale des Forts noch zwei blinde Kanonenschiffe beachtete, fuhr der Dampfer auf eine Seemine auf, die logging und den Dampfer ernstlich beschädigte. Einige Personen der Besatzung wurden verwundet; dem Kapitän gelang es, den Dampfer auf den Strand aufzulassen zu lassen. Gegenwärtig wird die Ladung gelöst. Man hofft, den Dampfer retten zu können.

Ein Automobil vom Gilgung erfasst. Aus Boulogne sur mer (Frankreich) wird berichtet, daß ein mit sechs Personen besetztes Automobil Montag abend von einem Gilgung auf dem Bahnübergange von Bont de Brique überzogen wurde. Alle Insassen des Kraftwagens wurden durch den furchterlichen Anprall herausgeschleudert und haben schwere Verletzungen erlitten.

Religiöser Wahnsinn. Wie der „Preß-Telegraph“ berichtet, ereigneten sich während des Umzuges der Teilnehmer an eucharistischen Kongress in Wien durch die Straßen vier Fälle von religiösem Wahnsinn. Die Rettungsgesellschaft lieferte alle vier, meist Ausländer, in die psychiatrische Klinik ein.

Großfeuer auf einem englischen Herrenhof. Carben Hall, der berühmteste Herrenhof in Ghefrie, in der Nähe von Bropton, 18 Kilometer von Ghefrie gelegen, ist heute Nacht durch Feuer vollständig zerstört worden. Der Schaden wird, abgesehen von den im Schloß aufgestellten Kunstwerten, auf über 1½ Millionen veranschlagt. Oberst Polkworth, der Besitzer, und seine zahlreichen Gäste konnten kaum das nackte Leben retten. Zu den Wildern gehören namentlich Gemäße aus der napoleonischen Zeit.

Blutige auf dem Korso. Auf dem Hauptplatz von Szekesfehervar (Ungarn) wurde Sonntag am helllichten Tag während des Korso die Soubrette des dortigen Theaters Fraulein Esti Börsz von einem verschmähten Liebhaber, dem Milchweibbesitzer Stephan Joo niedergeschossen. Die Kugel drang der Unglücklichen ins Herz und führte ihren sofortigen Tod herbei. Joo, ein verheirateter Mann, verließ der Künstlerin während des Sommers von Ort zu Ort nach. Vor einigen Tagen kam es in Paks zu einem großen Skandal, da die Gattin Joo ihn mit Fraulein Börsz erlappte und beiden eine Szene machte.

Der verschmäht Liebhaber. Eine Depesche aus Lorriza (Spanien) schildert eine blutige Eifersuchtsgeschichte, die sich auf der Straße nach Jansalida zugetragen hat. Ein gewisser Herrnanba hatte sich in ein Mädchen verliebt, das jedoch seine Gefühle nicht erwiderte und ihn wiederholt zurückwies. Auch die Eltern des Mädchens waren gegen ihn und drohten, sie würden gegen ihn gerichtliche vorgehen, wenn er ihre Tochter nicht in Ruhe ließe. Am Sonnabend gingen nun Vater und Bruder des Mädchens nach Jansalida und trafen unterwegs Fernandez, ohne ihn zu beachten. In voller Wut stürzte sich dieser mit einem verrostet gehaltenen Gewehr auf sie und streckte sie durch zwei Schüsse nieder. Auf den Todesstreich der beiden stürzten sofort die Nachbarn der anliegenden Häuser, darunter auch das Mädchen, um dementwillen die schwere Bluttat beizulegen wurde, her-

bei und stürzten sich auf den Mörder. Dieser hatte aber eine Sichel ergriffen und teilte furchtbare Schläge aus. Mehrere Personen brachen blutüberströmt zusammen; auch das von ihm unglücklich geliebte Mädchen wurde schwer verletzt. Erst nach längerem Ringen gelang es, den Unhold unschädlich zu machen.

Die Wache des betrogenen Ehegatten. In Maricao (Amerika) wurde am hellen Tage eine schwere Mordtat verübt. Ein gewisser Alfred Boyce wurde von dem Bankier John Deal Sneed erschossen, weil dieser im November vergangenen Jahres die Frau des letzteren verführt hatte und mit ihr auf eine Farm in Winnetog geflohen war, die er von seinem Vater für 400 000 Mk. gekauft hatte. Sneed nahm sofort die Verfolgung der beiden auf. In Fort Worth traf er in einem Hotel den Vater des Entführers seiner Frau, den er ohne weiteres niederstieß; er beschuldigte ihn, seinen Sohne zu dem Entführungsplane verholten zu haben. Sneed wurde seinerzeit freigesprochen, weil die Richter über die Schuldfrage verschiedener Ansicht waren. Vor einer Woche nun kam Boyce nach Maricao, um über den Nachlaß seines Vaters zu bestimmen. Als er an der Methodistengemeinde des Städtchens vorbeiging, sprang plötzlich ein Mann mit einem starken Bart mit angeschlagenem Gewehr auf ihn zu und gab einen Schuß ab, der ihn mitten in der Brust traf und auf der Stelle tötete. Hierauf rief sich der Unbekannte den falschen Bart ab und gab sich als Sneed zu erkennen. Auf der Pollast sagte er aus: „Es gab für uns beide keinen Raum auf dieser Erde, und darum habe ich ihn erschossen.“

Wie ein Agrarier die „deutsche Frau“ einschätzt. In der „Königsberger Illg. Ztg.“ vom 11. d. Mis. läßt ein agrarischer Geschäftshaber folgenden Inferat los:

Mein Rittergut 500 Mg. Gebäude, Vieh, Ackerland, alles prima, verkaufe ich mit einer Anzahlung von 60 000 Mk. Rest pro Morg. 400 Mk.; da ich noch 20-jährige Tochter habe, so ist tüchtigem, strebsamem Landwirt Gelegenheit gegeben, zugleich

passende Frau zu finden. Näheres darüber nur an Käufer mit geforderter Anzahlung und wenn Bestätigung sofort erfolgt.

Schade, daß aus dem Inferat nicht hervorgeht, wie weit die Bestätigung auf die „noch“ auf Lager befindliche Tochter ausgedehnt ist.

2. Beilage zu Nr. 219 der „Volkswacht“

Donnerstag, den 19. September 1912.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Ueber die Konstituierung des Vorstandes ist noch nachzutragen, daß zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten die Genossen Baase (vom Parteivorstand) und Pöstele-Chemnitz gewählt wurden.

Zu Schriftführern wurden gewählt: Freytag-Riel, Jachow-Berlin, Frau Baader-Berlin, Dürke-Hannover, Trinkl-Karlsruhe, Schmidt-Eißen, Große-Hamburg, Brinkmann-München.

In die Mandatsprüfungskommission wurden gewählt: Krich-Dilsen, Blume-Hamburg, Doeschler-Elberfeld, Kiermann-München, Strobel-Mannheim, Lorenz-Reinoldsdorf, Frau Dollmann-Halberstadt, Schell-Leipzig, Sängler-München. Die Beschwerdekommision wird, entsprechend dem von Freytag-Riel gemachten Vorschlag folgende Personen umfassen: Müller-Verga, A. Hoffmann-Hamburg, Lührig-Mentfeln, Dr. Schöheim-Münster, Seel-Mainz, Göbe-Köln, Müller-München, Limberg-Düsseldorf, Feringa-Weihen.

Chemnitz, den 17. September.

3. zweiter Verhandlungstag.

Vorsitzender Pöstele: Die holländischen Genossen veranlassen heute zum Zwecke der Wahlrechtskonvention einen roten Dienstag im Haag, mit einer Demonstration vor dem Parlament. Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Sozialdemokratie den Wahlrechtskampf der holländischen Genossen mit der lebhaftesten Sympathie begleitet. Wir bitten um die Berücksichtigung, den holländischen Genossen im Haag die Sympathien des Parteitages telegraphisch auszudrücken und ihnen besten Erfolg zu ihrem Wahlrechtskampfe zu wünschen (Mitteltage lebhaft Zustimmung).

Darauf wird die

Debatte über den Vorstandsbericht

fortgesetzt.

Webel-Berlin wünscht, daß der „Wahre Jacob“ in Zukunft gehandelt werden. Ferner legen eine Reihe von Anträgen vor, die eine Agitation unter den Millionen Privatangehörigen verlangen. Die Gewinnung dieser Kopfarbeiterklasse ist, wie auch Rantisch neulich betont hat, eine Vorbedingung unseres endlichen Sieges. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung sind natürlich aus wirtschaftlichen und politischen Gründen lebhaft daran interessiert, eine Vereinigung der Hand- und Kopfarbeiter zu hindern. Aus diesen Motiven heraus hat man es schnell die Angestelltenversicherung geschaffen. Um so mehr ermahnt uns die Aufgabe, eine intensive Aufklärungsarbeit unter den Privatangehörigen zu betreiben. Namentlich die Parteipresse sollte die Privatangehörigenfrage möglichst umfangreich behandeln. Flugblätter sollten unter den Privatangehörigen verbreitet werden, um sie z. B. auch aufzuklären über die Arbeit, die von unseren Werkleuten in den Gemeinden für die Privatangehörigen geleistet werden ist. (Sehr gut.) Auch wird es notwendig sein, besondere Angestellten-Versammlungen abzuhalten. Sorgen Sie dafür, daß die Privatangehörigen herausgeholt werden aus dem bürgerlichen Sumpf und geführt werden auf die höchsten Höhen des Sozialismus. (Lebhaft Beifall.)

Dr. Laufenberg-Danburg: Den Ausführungen des Vorredners kann ich mich nur anschließen. Weiter halte ich es für notwendig, daß der Parteitag mit Stellung nimmt zu der

Wahlrechtsfrage in Preußen

und zu der Frage des Verhältniswesens des Zentrums zu den christlichen Arbeitern. Durch den letzten Bergarbeiterstreik ist hier ein Wendepunkt eingetreten. Nach der Stellungnahme des Papstes sind die christlichen Gewerkschaftler sehr gezwungen, in allen wichtigen Kämpfen gegen die sozialdemokratischen Arbeiter Stellung zu nehmen. Auf dem Gebiete der Jugendbewegung bedarf es der Aufwendung größerer Mittel durch den Parteivorstand. (Bravo.)

Dr. Rosenfeld-Berlin befürwortet einen Antrag aus Sonderhausen, den Frauentag in Zukunft im März stattfinden zu lassen.

Winkler-Kattow: Ein Antrag von Berlin IV verlangt, daß die „Gazeta Robotnika“ nach wie vor dreimal wöchentlich erscheinen soll. Der Parteivorstand hat leider beschlossen, sie in Zukunft nur wieder einmal wöchentlich erscheinen zu lassen. Wir polnischen Genossen sind entschlossen, zu versuchen, daß das Blatt ab nächster Tag täglich erscheint. Das wichtigste ist, daß der zweite Teil des Antrags Berlin IV befolgt wird, der die Parteipresse und die Parteiorganisationen auffordert, bei jeder sich bietenden Gelegenheit unter den polnischen Arbeitern für das politische Parteibild zu agitieren. Versammlungen unter den polnischen Arbeitern abzuhalten, wird uns von der Regierung unmöglich gemacht. So bleibt uns nur die Presse, um die polnischen Arbeiter von den Bestrebungen der polnischen Nationalisten abzuhalten. Daran haben auch die Gewerkschaften ein großes Interesse. (Sehr richtig.)

Ring-Offenbach: Wir sind mit dem Bericht des Vorstandes durchaus zufrieden; an Aktivität hat es ihm keineswegs gefehlt. Mit den langen Parlamentsberichten, die die „Sozialdemokratische Korrespondenz“ bringt, können wir in der Agitation wenig anfangen. Die „Kommunale Praxis“ sollte den Gemeindevorstellern zur Verfügung gestellt werden oder ihr Abonnementspreis herabgesetzt werden. Die Verlegung des Frauentages auf den März unterstützen wir. Eine Konferenz der Kreissekretäre, wie sie ein Antrag von Ebnitz verlangt, wäre sehr notwendig. — Wenigstens einmal in der Woche gewissermaßen Vorlesungen und alle seine Mandate zur Verfügung gestellt. Die Kreisleitung hat einstimmig den Wunsch ausgedrückt, daß Genosse Ulrich seine Mandate behält, da weder persönlich noch sachlich ein Grund für seinen Entschluß vorliegt. Wir hoffen, daß dies Vertrauensvotum dem Genossen Ulrich genügen wird. (Bravo.)

Schubarth-Ebnitz befürwortet einen Antrag, daß der Parteivorstand in Verbindung mit dem Zentralbildungsausschuss eine Reihe von Büchern herausgeben möge, die eine planmäßige Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus ermöglichen.

Ring-Ebnitz: Von Ebnitz liegt, wie schon betont, der Antrag vor, baldigst eine Konferenz der Kreissekretäre einzuberufen, um über einheitliche Richtlinien in der Organisation und Agitation zu beraten. Ein solcher Austausch der Erfahrungen ist notwendig z. B. an der großen Fuktation in der Mitgliederbewegung wirksam entgegenzusetzen zu können. Dringend wünschenswert ist auch, daß wir zu einer Einheitlichkeit des Verwaltungsmaterials kommen. An der von uns verlangten Konferenz könnten natürlich auch die Kreissekretäre teilnehmen. Für die Kreisleitungen könnte ein Mitteilungsblatt geschaffen werden, wie es die Berliner Parteiorganisationen haben.

Zu der Göttinger Angelegenheit geht noch folgender Antrag Ledebour-Weibrecht ein:

Der Parteitag spricht dem Parteivorstand für sein Vorgehen in der Göttinger Angelegenheit die volle Billigung aus. Er erwartet, daß alle beteiligten Genossen ernstlich bestraft sein werden, die Bemühungen des Parteivorstandes zur endlichen Beseitigung des unerträglichen Zustandes nach besten Kräften zu unterstützen. Er erwartet weiter, daß die Partei-

genossen bei Neugründungen den in Betracht kommenden Beschluß des Münchener Parteitag vorläufig beachten werden.

Eine Geschäftsordnungsdebatte.

Vorsitzender Pöstele: Eine Abstimmung über diese neue Resolution wäre nur möglich, wenn der Parteitag damit einverstanden wäre. Ich werde darüber abstimmen lassen.

Webel-Stuttgart: Die Debatte über diese Angelegenheit ist gestern geschlossen worden. Wenn eine neue Resolution zur Entscheidung gebracht werden soll, würde es notwendig sein, die Debatte über die ganze Affäre zu eröffnen. (Unruhe.) Ich beantrage das nicht, aber wenn wir es vermeiden wollen, so können wir nur über die Resolution über, die zur Debatte gestanden hat, abstimmen.

Müller-München hat gleichfalls eine Wiedereröffnung der Debatte für notwendig, wenn über neue Anträge abgestimmt werden soll.

Webel: Ich möchte bitten, die Wiedereröffnung der Debatte über die Göttinger Angelegenheit mit der neuen Resolution wegen abzulehnen, weil ich bereits vom Parteivorstand beauftragt bin, im Schlusswort zu erklären, daß in dieser Angelegenheit eine besondere Revisionskommission für uns nicht erforderlich ist. (Bravo.) Der Parteitag kann sich bei der Debatte über unsere Haltung auch in diesem Falle äußern.

Dr. Weibrecht-Berlin: Wenn sich die Antragsteller der Resolution über den Baden des Oberlichen Vorschlags stellen, wird natürlich auch unsere Resolution überflüssig.

Dr. Frank-Mannheim: Das Wahrscheinlich, auf dem Parteitag möglicherweise zu fragen, das einmütige Entschließen zustande kommen, besteht auf allen Seiten. Aber es handelt sich doch hier um die Frage, ob der Parteitag nicht Veranlassung hat, einen Antrag gegen die Ehre der ganzen Partei abzugeben, ob wir aus der Partei im ganzen den Vorwurf lassen können, daß Parteistimmen — auch dem Landesvorstand von Württemberg ist dieser Vorwurf noch zuzurechnen gemacht worden — durch unrichtige Mittel auf die Gewinnung der Gewinnen eingewirkt haben. Wenn der Parteitag durch den Vorwurf zum Ausdruck bringen läßt, daß dieser Vorwurf schwerere Schuldigkeit unbegründet ist, haben auch wir kein Interesse an irgend einem Beschluß.

Dr. Weibrecht: Der Parteitag kann nicht wohl in einer Angelegenheit passive Stellung nehmen, über die er in allen Einzelheiten Kenntnis unterrichtet sein kann. (Sehr richtig.) Ich verweise darauf, daß wir als Partei den Fall Mißbrauch zu erklären haben werden, wo die Frage, ob das entscheidende Votum auf genügender vorheriger Information beruht, vielleicht in den Mittelpunkt der Debatte gestellt werden wird. Von der Seite, die dem Antrag über, wie ich schon sagte, hier keine Veränderung zu schaffen. Durch Ablehnung der Revisionskommission hat der Parteitag zum Ausdruck gebracht, daß er keine Relativität habe, in diese Angelegenheit weiter einzutreten. Das Beste ist, wir bringen die Erwartung und das Vertrauen des Parteivorstandes zum Ausdruck, daß alle an diesen Dingen beteiligten Parteigenossen mit allen Kräften dahin wirken, das Vorgehen des Parteivorstandes in dieser Angelegenheit zu unterstützen.

Webel: Es wird Zeit, daß wir über diese geradezu eklatante Angelegenheit endlich hinwegkommen. (Lebhaft allgemeine Zustimmung.) Ich bitte zu beachten, daß die Beschuldigung, Parteistimmen hätten sich eine unrichtige Erklärung erlaubt, von einer Persönlichkeit ausgegangen ist, über deren moralische Qualitäten hier wohl keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ich will der Verantwortlichkeit nicht einmal die Ehre antun, ihren Namen zu nennen. Ich würde deshalb vorschlagen, daß die Resolutionen zurückgezogen werden. Wir vom Parteivorstand sind vollkommen zufrieden, wenn Sie durch Ihre Lehrgangerteilung Ihre Zustimmung zu dem Vorgehen des Parteivorstandes geben.

Dr. Frank: Nachdem die Beschuldigung gegen den württembergischen Landesvorstand von dem Genossen Weibel in dieser Weise charakterisiert worden ist, und nachdem Weibrecht erklärt hat, daß die Partei — dieser Meinung sind wir auch — gegenüber solchen Beschuldigungen viel zu hoch steht — siehe ich in Uebereinstimmung mit den Unterzeichnern den Antrag über zu rüch. (Lebhafter Beifall.)

Ledebour: Dann mache auch ich meinen Antrag zurück. (Erneuter lebhafter Beifall.) Damit ist die Geschäftsordnungsdebatte erledigt.

Diskussion über den Vorstandsbericht

wird fortgesetzt.

Reugebauer-Ludwigsburg wünscht Zustimmung der Parteikorrespondenz an alle Funktionäre und vermehrte Unterstützung der Bildungsarbeit unter den Parteigenossen.

Winkel-Berlin vertritt den Antrag von Berlin IV, die „Gazeta Robotnika“ wie bisher dreimal wöchentlich erscheinen zu lassen. Ein großer Sprung wäre es aber, wie Winkler wollte, das Blatt täglich erscheinen zu lassen.

Genossin Fick: Die „Kommunale Praxis“ kann statt für 3 Mk. für 2,25 Mk. pro Quartal abgegeben werden, wenn sie für alle Gemeindevorsteher eines Bezirks zusammen bezogen wird. Der Termin für den Frauentag war in diesem Jahre in der Tat sehr glücklich. Der Vorstand wird sich demnach mit der Bezirksleiterkonferenz mit dieser Frage, wie der ganzen Ausgestaltung des Frauentages beschäftigen, damit die Demonstration in Zukunft so reichlich wie möglich gestaltet wird. (Bravo.) Damit ist die allgemeine Debatte zum Vorstandsbericht erledigt.

Es folgt die Debatte über die Anträge zur

Presse und Literatur.

Berlin-Düsseldorf: Der Parteivorstand hat schon eine besondere Schrift für die Agitation unter den Blinden herausgegeben. Dasselbe sollte auch für die Taubstummen geschehen, die in manchen Orten bereits besondere Sektionen gebildet haben. In Düsseldorf zählt die Sektion der Taubstummen 60 Mitglieder. Auch die Taubstummen legen nach Aufklärung über die wirtschaftlichen und politischen Fragen — wir haben allen Anlaß, den Einflüssen entgegenzutreten, die von anderer, vor allem kirchlicher Seite, auf die Taubstummen ausgeübt werden. Schaffen Sie ein Organ für die Taubstummen, die Unglücklichen werden es Ihnen danken. (Bravo.)

Dür-München befürwortet einen Antrag, wonach der Parteivorstand sich mit der Generalkommission in Verbindung setzen soll, um unverzüglich die Gründung einer Zeitschrift in die Wege zu leiten, deren Inhalt sich erstreckt auf die gesamte Verwaltungstätigkeit der Versicherungsinstitute, auf die Organisation der Wahlen zu diesen Instituten, auf die Rechtsprechung der Spruchinstanzen und auf das Wirken der gesamten Privatversicherung und ihrer Träger.

Dr. Wulf-Berlin: Die Genossen von Berlin IV haben beantragt, daß die „Neue Welt“ insbesondere ihre Illustrationen besser, künstlerischer ausgestaltet wird. Ich bitte Sie, diesen Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. (Bravo.)

Schwebe-Vöckum tritt für Anträge von Vöckum-Weisenkirchen-Halligen-Witten ein, eine Modezeitung von der Partei herauszugeben und die Kinderzeitschrift der „Gleichheit“ den Organisations- und einem billigen Preise abzugeben.

Wörner-Hamburg betont, daß für die Ausgestaltung der „Neuen Welt“ nach den zur Verfügung stehenden Mitteln das Möglichste geschehe.

Louise Fick: Den Antrag, den Inhalt der „Gleichheit“ zu ändern, bitte ich abzulehnen. Das Moeran der „Gleichheit“ darf nicht herabgedrückt werden. Sie enthält in ihrem zweiten Teile eine Reihe populärer Artikel zur Aufklärung der Frauen. Sie soll aber auch das führende Organ der aufklärten Genossinnen sein und als solche muß sie prinzipiell Stellung nehmen zu neu auftauchenden Fragen und die Frauenbewegung im Lichte des Sozialismus zu beleuchten. Die Kinderzeitschrift darf nicht von der „Gleichheit“ abgetrennt und billiger den Genossen zur Verfügung gestellt werden, sondern wie müssen darauf dringen, daß die „Gleichheit“ in ihrer Gesamtheit abonniert wird. (Bravo.) Die Schaffung einer „Modezeitung“ hat Ebert schon zugesagt. Eine besondere Literatur für die Taubstummen, die doch lesen können, halte ich für überflüssig. Der Antrag München auf Schaffung einer Zeitschrift über das Arbeiterversicherungswesen ist durch die Einrichtung der Rechtszeitschrift des „Korrespondenzblattes“ der Generalkommission überflüssig geworden. Auch hat der Vorstand die Bibliotheken in Vorbereitung, in denen besondere gewerkschaftliche Fragen und volkswirtschaftliche Fragen in sich abgeschlossener Form behandelt werden.

Ludwig-Vagen: Die Genossin Fick hat einen Massenwort begangen (Heiterkeit) und eine ganze Masse Anträge zur Ablehnung empfohlen. Eine besondere Literatur für die Taubstummen empfiehlt sich durchaus als Gegenwirkung gegen die von unseren Gegnern auf diesem Gebiete geschaffene Literatur.

Louise Fick betont, daß von Zeit zu Zeit Flugblätter zur Verbreitung unter den Taubstummen auf Beschluß des Parteivorstandes herausgegeben werden sollen. Damit ist diese Debatte. Nunmehr wird über die

Jugendpflege und Jugendbildung

behandelt.

Hierzu liegt folgender Antrag Ebert und Genossen vor: Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wiederholt, mit Nachdruck den schon von früheren Parteitagen erhobenen Einspruch gegen die Verfolgungen, die sich staatliche Behörden aller Art gegen die proletarische Jugendbewegung herausnehmen.

Der Parteitag anerkennt das reiche Bestreben junger Arbeiter und Arbeiterinnen, sich durch rege Vereinstätigkeit, durch Versammlungen, Vortragskurse, künstlerische Veranstaltungen, Ausflüge, Besuche von lebendigen Sammlungen und anderen Weise eine Erweiterung ihrer unzureichenden Volksschulbildung anzuschaffen. Alle diese Maßnahmen sind reizehaltend und als solche unpolitisch.

Dagegen besteht für den Parteitag kein Zweifel über die politische Beweggründe, die zur weiteren bürgerlichen Jugendbewegung in allen ihren Arten und Tätigkeitsformen und zu ihrer Unterdrückung durch Staat und Gemeinde anführt haben, sowie über die offene und heimliche Bekämpfung der Sozialdemokratie, die bei allen Veranstaltungen der bürgerlichen Jugendpflege auf die jugendlichen Teilnehmer hinarbeitet.

So sehr die deutsche Sozialdemokratie dem hohen Wert und der geistigen und körperlichen Förderung der sozial-elitären Arbeiterjugend durch den Ausbau und durch die Verbesserung des staatlichen und gemeindlichen Schul- und Ausbildungswezens bemüht ist, so sehr erhebt sie Widerstand gegen die parteiliche Unterdrückung unkontrollierbarer demokratischer Jugendbildung, also politischer Jugendpflege privater Vereinigungen durch staatliche Behörden und aus öffentlichen Mitteln.

Der Parteitag richtet zwar die politische Wirkung dieser neuesten Art der Sozialistenbekämpfung nicht, er erhebt aber aus allgemeinen kulturellen und pädagogischen Gründen den entschiedenen Einspruch gegen das heuchlerische Gebahren und gegen die wüsten Methoden der bürgerlichen Jugendpflege; besonders steht er in den sogenannten Kriegsspielen und in der über Nachahmung militärischer Angelegenheiten eine schwere Beeinträchtigung der körperlichen, geistigen und seelischen Entwicklung der heranwachsenden Jugend. Solches Treiben dient nicht der Heranbildung wahrer Vaterlandsliebe im Geiste der Menschlichkeit, sondern der Föhrung roher Triebe im Sinne des Nationalchauvinismus und der Bege gegen andere Völker.

Der Parteitag erwartet, daß die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen wie bisher allen Verfolgungen zum Trotz ihre anerkannten Bildungsarbeit an sich selbst im Sinne fortschrittlicher, freier und sozialistischer Lebensauffassung fortsetzen. Die deutsche Sozialdemokratie wird bestrebt sein, sie dabei vor ungerechtfertigten und ungeschicklichen Eingriffen durch amtliche und freiwillige Gegner der proletarischen Jugendbewegung zu schützen.

Außerdem liegt von Ebert u. Gen. noch der Antrag vor:

Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, durch geeignete Maßnahmen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 18 bis 21 Jahren für die Arbeiterorganisationen zu gewinnen. Er hält es in erster Linie für die Pflicht der Bildungsvereine, die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen durch besondere Propaganda zu den bildenden und belehrenden Veranstaltungen heranzuführen und sie durch planmäßige Schulung zu dauernden und aufklärten Mitgliedern der Organisationen zu machen.

Schubarth-Berlin begrüßt die Anträge Ebert. Die Herausgabe eines Führers durch die sozialistische Literatur, wie ihn die Arbeiter haben wollen, ist vom Zentralbildungsausschuss geplant. Eine Reihe von weiteren Anträgen zur Bibliotheksförderung kann besser auf einer Konferenz der Bezirksbildungsausschüsse erörtert werden. Dort läßt sich auch der Wunsch prüfen, Anträge für Bibliotheksförderung einzuführen. Der Antrag auf Schaffung einer Zentralkasse für Lichtbildvorträge kann dem Zentralbildungsausschuss übergeben werden. Im übrigen bitte ich Sie, alle Anträge zur Frage der Jugendbildung in der Form der Anträge Ebert anzunehmen. Wir haben nichts dagegen, wenn auch von bürgerlicher Seite eine Jugendbewegung eingeleitet wird; aber wir protestieren dagegen, daß aus allgemeinen Mitteln aufgebracht staatliche Mittel dazu benutzt werden, um Angehörige des Staates aus politischen Gründen unter dem Deckmantel der Jugendbewegung zu bekämpfen. (Lebhafter Zustimmung.) Wir müssen auch gegen die unerhörte Anpreisung der bürgerlichen Jugendbewegung, die zum Beispiel gestern Tag tritt, daß der Eisenbahnminister v. Breitenbach seine Jahrespremiererklärungen nur den dem Jungdeutschlandbund angehörenden Jugendvereinen gewährt. (Hört, hört!) Vor allem müssen die proletarischen Eltern dazu beitragen, daß uns unsere Jugend nicht verloren geht. Unsere Aufgabe ist es, die proletarische Jugend zu aufziehen, freien Menschen zu erziehen, die mit offenen Augen in das Leben schauen, die fähig sind ihrer eigenen Fortbildung arbeiten, die schon ein Gefühl dafür bekommen, daß jedes Mitglied der Kulturgesellschaft die Pflicht hat, mitzuwirken an der sozialen und geistigen Hebung des Menschengeschlechts, und die sich für die höchsten und besten Kulturideale mit aller Kraft einsetzen. (Stürmischer Beifall.) (Mittagspause.)

Nach der Pause eröffnet Pöstele wieder die Verhandlungen.

Hoffmann-Elberfeld tritt den Ausführungen Weibrecht bei und begrüßt die vorgelegte Resolution.

Die Jugendbewegung kann von Partei wegen nicht genug geschätzt, angesichts des Konstitutionsfonds in Preußen und der durch von einzelnen Kommunisten angebrachten Gelder. In Bezug auf das Bibliothekswesen kann ich auch mit Schulz nicht einverstanden erklären. Der Bildungsanschuß hat nicht genug in Bibliothekswesen. Es muß mehr für die Bibliotheken geschehen. Nicht nur der Bildungsanschuß muß sich mit dieser Frage beschäftigen, sondern auch der Parteitag muß hier das treibende Element bilden.

Wirkholz-Hamburg wünscht stärkere materielle Förderung der Zentrale für die Jugendfürsorge. Die bürgerliche Jugendbewegung darf nicht unterschätzt werden. Die zeitlose Jugendbewegung wird in verlebter Form geführt, um unsere Jugend anzufangen. Alle unsere Jugendbewegungen müßte der dreifache Beitrag ausgegeben werden. Auch geschieht für die Kleinstädte viel zu wenig. Das soll sein Programm sein; bei der Kürze der Zeit und den vorhandenen Kräften war nicht viel mehr zu leisten.

Kurten-Halle: Mit dem Fortschreiten unserer Jugendorganisationen können wir nicht so zurückbleiben sein, wie mit der Entwicklung unserer politischen und wirtschaftlichen Organisationen. Es ist nicht der Bildungsanschuß und der Parteivorstand, sondern die Leitung der Bezirksorganisationen. Diese Orte haben überhaupt noch keine Jugendorganisationen. Besonders Beachtung sollte man auf Organisation der jungen Männer von 18 bis 21 Jahren legen, sonst gehen diese jungen Leute in die bürgerlichen Sportvereine. (Sehr richtig.)

Fähndel-Mühlhausen (Vhr.) schließt sich dem Boreddner an, besonders in Kleinstädten müßte mehr geschehen. Auch die Parteischule nimmt ihre Schüler vorwiegend aus den großen Städten und wird einmal ein Genosse aus der Kleinstadt aufgenommen, dann gilt er sicher nach Absolvierung der Parteischule als Medaille in die Großstadt.

Dr. Carl Klein: Unsere Jugendbewegung wird mit haarsträubenden Ungerechtigkeiten von den herrschenden Klassen bekämpft, aber alle diese Dinge werden unsern Erfolg nicht hindern können. Wenn wir nur an der Erziehung unserer Jugend ernst weiter arbeiten. Der Gedanke einer besonderen Organisation für die jungen Leute zwischen 18 und 21 Jahren verdient die größte Beachtung. Selbstverständlich darf darunter die bürgerliche Jugendbewegung nicht leiden, sondern es muß in intensiver Weise weitergearbeitet werden. Der Antrag Spandau, eine besondere Organisation für die ältere Jugend zu schaffen, ist durch die von Schulz vorgelegte Resolution überflüssig geworden und ich ziehe den Antrag zurück.

Kremsier-Frankfurt a. M.: Vor der bürgerlichen Jugendbewegung brauchen wir nicht allzu große Furcht zu haben. Die Wandervogel werden auch schon in bürgerlichen Kreisen als Landvögel empfunden. Die Abscherei verwickelt den Landwirt in die Felle und dabei werden noch viel Katzenfellen gestohlen. Im Bibliothekswesen ist uns Österreich voraus.

Genossin Demming-Berlin behandelt die Frage des Kindererschulbes und berichtet über die Tätigkeit der Kinderschulkommission. Überall sollten solche Kommissionen gegründet werden. Anleitung dazu finde man in der vorzüglichen Broschüre der Genossin Hegl: "Kinderschul und Kinderarbeit".

Heinrich Schulz wendet sich gegen die von Hoffmann-Ebertfeld in Bezug auf das Bibliothekswesen geäußerten Bedenken. Es wird jetzt im Bibliothekswesen mehr geschehen. Wenn es etwas zurechtzubringen ist, so lag es daran, daß alle Gebiete nicht gleichzeitig in Angriff genommen werden konnten. Eine einheitliche Regelung wurde sich aber jetzt für ganz Deutschland kaum durchführen lassen. Die Parteischule macht keinen Unterschied zwischen großen und kleinen Orten, aber die Freigängler kann sie nicht aufnehmen. Uebrigens werden die kleineren Orte durch die Wandertourne ausgiebig unterstützt. Gute Erfahrungen sind mit den neu ins Leben gerufenen Schülerwanderungen gemacht worden.

Nachdem **Wittke**-Leipzig noch kurz auf die Bedeutung der Jugendfürsorge im sozialistischen Geiste hingewiesen hat, wird die Debatte über Bildungswesen und Jugendbewegung geschlossen.

Es folgt die Debatte über die Anträge zum **Branntweinbottst.**

Darauf ist noch folgender Antrag eingebracht.

In besonderer Berücksichtigung der erneuten unter dem Antragwort "Abschaffung der Liebesgabe" erfolgten Mehrheitsentscheidung zu Gunsten des Militarismus und der Schnapsproduzenten bringt der Parteitag den auf den drei letzten Parteitagen beschlossenen **Branntweinbottst** in eindringliche Erinnerung. Der Parteitag stellt fest, daß die bisherige Durchführung des Votums eine erhebliche Verminderung des Branntweinverbrauchs zur Folge gehabt hat, die im Interesse der Volksgesundheit, der Kampffähigkeit des Proletariats und der Schwächung eines böswilligen Feindes freudig zu begrüßen ist. Er erwartet jedoch für die Folge eine noch gewissenhaftere Durchführung des Parteitagbeschlusses.

Davidsohn-Berlin: Wenn man die Anträge auf Erneuerung und Bekräftigung des Branntweinbottstes stellt, könnte selbst einem Abstinenzler das Herz lachen. Das richtige wäre aber doch die Annahme des Antrages, der die Parteipresse verpflichten will, keinerlei Anzeigen und Anpreisungen derartiger Getränke aufzunehmen und der weiter auspricht, daß der Parteitag von den Volks- und Gewerkschaftsarbeitern erwartet, daß sie die Volkstugendbewegung durch Einstellung des gesamten Branntweins und Schnapsverkaufs kräftig fördern. 1909 hat der Parteivorstand selbst ein Merkblatt herausgegeben, in dem der Schnaps als das gefährlichste Volksgift, das wir kennen, bezeichnet wurde! Wie kann man es da noch verantworten, dies gefährlichste Volksgift in Volks- und Gewerkschaftsblättern veröffentlichen zu lassen oder in Parteizeitungen im Inseratenteil zu empfehlen. Wenn solche Volksblätter ohne Branntweinausschank nicht existenzfähig sind, so sollte man sie auflösen. Eine ganze Reihe Parteiblätter, die Schnapsinhalte prinzipiell nicht mehr aufnehmen, gibt es schon, und sie sind dadurch durchaus nicht in ihrer Existenz gefährdet worden. (Sehr richtig.) Solche Inserate sollten ebenso verschwinden, wie die Krupplei, Heiratvermittlungs-, Gebrauchsgegenstände-Inserate in sozialdemokratischen Zeitungen nicht zu finden sind. (Sehr gut!) Ueberhaupt hat die Partei in Bezug auf die Befolgung des Schnapsbottstes den Gewerkschaften und ihrer Presse den Vortrang keinesfalls überlassen. Ohne das energische Vorgehen der Gewerkschaften wäre die Partei mit ihrem Schnapsbottst gründlich herabgeworfen. (Lebhafte Widerspruch.) Wie die Sache in manchen Kreisen behandelt wird, beweist die Bezeichnung des Schnapses in einem Volksblatt als Leipziger Revolutionsstrafen. (Heiterkeit.) Bezeichnung für die Wichtigkeit der Sache ist die Wandlung, die der wirklich sachverständige Genosse Wurm in dieser Frage durchgemacht hat. Ich kann Sie nur nochmals bitten: entweder, oder! Lassen Sie den Schnapsbottst fallen, oder machen Sie Ernst mit ihm. (Lebhafte Beifall.)

Loritz zieht: Der Parteivorstand hat den lebhaften Wunsch, vom Parteitag eine einstimmige Zustimmung zur Erneuerung des Branntweinbottstes zu erhalten. Wollen wir aber

unteren großen Kampf gegen den Branntwein nicht verfallen lassen und verfallend wirken lassen, so müssen wir den Antrag, den Davidsohn eben begründete, ablehnen. Damit würde nur dem Spitzel- und Demagogentum in unseren eigenen Reihen Tür und Tor geöffnet werden. Ich behaupte, daß durch unsere ganze Arbeiterbewegung viel mehr nicht nur für die Verminderung des Branntweinverbrauchs, sondern des Alkoholmisses überhaupt getan worden ist, als durch solche extremen Anträge behauptet werden können. (Sehr richtig.) Gerade in den Gewerkschaftsbüroen ist der Alkoholmiss am stärksten, daß es notwendig ist, daß wir freuen uns darüber, daß wir viele zahlen müssen für die Versammlungen und Requiritionen, weil die Parte nicht mehr so viel einnehmen. In dieser prächtigen Einmütigkeit wollen wir uns nicht führen lassen durch solche Feuertreiber. Das soll es denn heißen: ohne die Gewerkschaften wäre die Durchführung des Schnapsbottstes unmöglich gewesen! Gewerkschaften und Partei müssen sich doch in allen Dingen unterstützen, sonst können sie überhaupt keine wirklichen Aktionen durchführen. (Lebhafte Zustimmung.) Zum großen Teil sind es ja auch dieselben Personen in der Partei und den Gewerkschaften. (Sehr richtig.) Falls nun in der Zukunft zum Schnapsbottst aufgegeben wird und hinten im Inseratenteil Schnaps empfohlen wird, wollen wir alle nicht. Es ist aber Sache der britischen Prekommissionen, hier Wandel zu schaffen. (Sehr richtig.) Wir wollen unseren Kampf gegen den Schnaps nicht führen mit pharisäischen Moralpredigten. Wir wollen die Arbeiter darüber aufklären, daß sie mit jedem Tropfen Branntwein, den sie trinken, die Fesseln ihrer Fesseln und damit ihre wirtschaftliche und politische Macht stärken, die ihre allerersten politischen Feinde sind. Daneben freuen wir uns natürlich außerordentlich über die gesundheitslichen und moralischen Wirkungen des Branntweinbottstes. Ich bitte Sie also, den Antrag, den Davidsohn begründet hat, abzulehnen, und durch einstimmige Annahme des Antrages (Votum) zu bekräftigen, daß Sie gewillt sind, mit verstärkter Macht und großem Eifer für die Durchführung des Branntweinbottstes zu wirken zum Nutzen der Arbeiter, zum Schaden unserer Feinde, der ausschließlichen Anker. (Stimmlicher Beifall.)

Bochisch-Berlin: Es ist selbstverständlich, daß kein Volksober-Gewerkschaftsbund seinen Bestand auf dem Schnapsbottst. Gerade in den Gewerkschaftsbüroen geht der Schnapsverbrauch von Jahr zu Jahr zurück. Eine völlige Beseitigung aller Schnapsinhalte halte ich für undurchführbar, weil solche Anpreisungen vielfach im Rahmen größerer Annoncen mit anderem Inhalt erscheinen. Wie weit die Antialkoholbewegung schon vorgeschritten ist, infolge der Aufklärungsarbeit der Arbeiterbewegung, beweist die Tatsache, daß heute schon in vielen Fabriken die Arbeiter Milch und Kaffee genießen. Noch vor zehn Jahren wäre jeder Arbeiter verpöbel worden, der so etwas gewagt hätte. (Sehr wahr!) Ich erinnere daran, daß bei jeder Auslieferung, bei jedem Streit im Lagerverbot sofort der Schnapsbottst beschlossen wird und daß auf Verhandlungen der Mauer überhaupt kein Alkohol mehr verabreicht wird.

Löbe-Dreslau: Wir brauchen uns auch durch die heutige Rede Davidsohns nicht zur Ungerechtigkeit verleiten lassen und können anerkennen, daß wir der von ihm geleiteten Abstinenzbewegung manche Anregungen zu verdanken haben. Lassen wir uns die große Schnapsbottstbewegung nicht durch solche Einseitigkeiten führen. (Sehr richtig.) Auf jedem unserer Flugblätter sollte den Arbeitern ganz kurz gesagt werden, wie durch ihren Schnapsgenuss den Feinden jährlich 180 Millionen in die Tasche und an das Nichtbewußtsein, aber keine Verbote, denn mit dem bloßen Verbot erreichen wir nichts. (Sehr richtig!) Es ist eine Frage der Erziehung, die wird nicht durch Beschluß entschieden, sondern durch die Entwicklung. Stimmen Sie dem Antrag (Votum) zu.

Ein **Schlussantrag** wird mit großer Mehrheit angenommen.

Davidsohn betont, er habe nur gemeint, die Gewerkschaftspresse habe intensiver für den Branntweinbottst gewirkt, als die Parteipresse.

Das **Schlusswort** erhält **Ebert**: Ich muß leider noch kurz auf die Wöppinger Angelegenheit zurückkommen, um einige falsche Darstellungen zurückzuweisen. Es ist falsch, daß der Parteivorstand nur gewillt gewesen sei, zu sanieren, wenn der Landesvorstand mündliche. Wir haben nun den Beginn der Sanierung von dem Genossen des Landesvorstandes abhängig gemacht, nachher hätten wir sie auch ohne den Landesvorstand eventuell durchgeführt.

Ebenso ist unrichtig, was Kopp an Scheppeler berichtet haben soll. Es ist den Wöppingern ausdrücklich in der Sitzung vom 7. Juni gesagt worden, daß sie sich ganz unabhängig entscheiden mögen. Weiter stelle ich fest, daß Westmeier noch im Juli die Parteipresse vor unseren Erklärungen gewarnt hat. (Hört! Hört!) Ein Telegramm, das eine solche Warnung enthält, ist unterzeichnet von Westmeier. Er behauptet, es sei dabei mit seinem Namen Mißbrauch getrieben. Das ist ja bei den Dingen, wie sie sich dort entwickelt haben, möglich.

Die **Leipziger Volkszeitung** scheidet nach der loyalen Erklärung Leuschs für uns aus. (Sehr richtig!) Denke meine, wir hätten über Adels Nicht-Zugehörigkeit die Parteipresse früher unterrichten sollen. Als wir aber am 10. September an die **Bremer Bürgerzeitung** schreiben und die Dinge über Adels Mitgliedschaft klarstellen, ist die von uns verlangte Nichtaufstellung dort nicht erfolgt. (Hört, hört!) Denke scheint über die Vorgänge in keiner eigenen Redaktion nicht informiert zu sein oder er läßt einfach Adels halten und wahlen. (Hört, hört!) Daß der Parteivorstand in den Württemberg Streitigkeiten nicht rechtzeitig eingegriffen hätte, muß ich zurückweisen. Er leider waren all unsere Mahnungen zur Einigung vergeblich.

Dann ein Wort zur Frage des polnischen Parteivorstands. Wir haben der V. P. S. seit Jahren die weitestgehende Unterstützung zu teil werden lassen, aber an Erfolgen hat es bei der V. P. S. und der **"Gazeta Robotnicza"** trotzdem vollständig gefehlt. Seit 1901 sind über 18.000 Mark Subvention an das Blatt gezahlt worden, die Abonnentenzunahme betrug aber nur 300. Deshalb haben wir die Umwandlung in ein Wochenblatt beschlossen. Ein **Schluss** auf unsere Haltung zur V. P. S. darf daraus nicht gezogen werden. — Für die Agitation unter den Privatangehörigen sind wir auch in Zukunft bereit, das Möglichste zu tun. Diese Anträge bitte ich Sie also, dem Vorstand zur Erwägung zu überweisen. — Zur Wahlrechtsfrage kann ich Ihnen mitteilen, daß die preussische Landeskommission noch im Laufe dieses Monats zusammentreten wird, um die zur Wahlrechtsbewegung erforderlichen Schritte einzuleiten. (Leb. Beifall.)

Wurm wendet sich kurz gegen die Anträge auf Vereinheitlichung des Verwaltungsmaterials und die Einberufung einer Kreissekretärkonferenz. Wir haben wirklich Konferenzen gerade genug — ganz abgesehen von den Sonderkonferenzen. (Beitertelt.)

Ueber die Kleinarbeit in der Agitation können sich besser die Wahlkreissekretäre begreiflicher verständigen.

Genosse Bremen (persönlich): Ebert hat geglaubt, einen vernünftigen Schlag gegen mich zu führen, indem er sagte, ich sei über die Vorgänge in der Redaktion der **Bremer Bürgerzeitung** gar nicht informiert. Ich bin aber seit der Woche vor dem Parteitag nicht in Bremen gewesen. Die Unterstellung, daß Adels in der Redaktion schaltet und waltet, muß ich zurückweisen. Ich bin zwar nicht dazu verpflichtet, will aber mich herablassen (Unruhe) zu erklären, daß ich heute nach Bremen telephoniert habe; es solle von Adels nichts mehr gebracht werden, ehe der Fall Adels völlig erledigt sei. Wir Bremer haben genau so gutes Parteigeist, wie alle anderen Genossen. Wenn man mich in dieser Weise verächtlichigt, so reicht das nicht an meine Fußsohlen. (Unruhe.) Wenn sich das, was gegen Adels vorgebracht wird, als richtig bestätigt — vorläufig bestritten er es — so werden wir mit ihm verfahren, wie mit jedem anderen Genossen.

Ebert: Ich wäre zu meinen Ausführungen gegen Denke nicht gekommen, wenn er dem Vorstand nicht vorgelegen hätte, daß er die Parteigenossen früher über die Nicht-Zugehörigkeit Adels hätte aufklären sollen. Daß er verzeiht war in dieser für Bremen so kritischen Zeit, wußte ich nicht. In der Frage der Mitgliedschaft Adels gibt es nach Umständen der betreffenden Organisationen keine Untersuchung mehr.

Denke: Wenn das der Fall ist, daß Adels ein gewissermaßen ange... (vielleicht Jurist; angelesen) hat, so wissen wir das genau so zu bewerten wie andere.

Es folgt die Abstimmung. Die Anträge zur Agitation unter den Privatangehörigen werden dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen; ebenso der Antrag betreffend die Verlegung des Frauentages. Der Antrag auf dreimal wöchentliches Erscheinen der **"Gazeta Robotnicza"** wird abgelehnt, ebenso die anderen Anträge zur Presse. Der Antrag zur Agitation unter den Abonnenten wird zurückgezogen im Hinblick auf die Erklärung der Genossen Hegl.

Angenommen wird der Antrag auf bessere Ausgestaltung der **Neuen Welt**. Zur Jugendpflege werden die Anträge Ebert und Genossen einstimmig angenommen. (Einige weitere Anträge zu dieser Materie werden dem Parteivorstand aus dem Ausschuss überwiesen. Zur Frage des Schnapsbottst wird der Antrag Wöppinger abgelehnt und Genossen einstimmig angenommen.

Der von Davidsohn begründete Antrag wird gegen eine kleine Minorität abgelehnt.

Schließlich wird dem Parteivorstand einstimmig der folgende Antrag erteilt.

Zum Punkt **Lebensmittelbereinigung**

liegt folgende Resolution vor.

Der Parteitag konstatiert, daß der Kapitalismus in der zunehmenden Entfaltung der beiden letzten Jahrzehnte zu einer ungeheuren Reichthumsvermehrung der Reichen geführt habe, während die arbeitenden Massen durch die zunehmende Verarmung ihrer reichsten Bedarfsgegenstände an der Erhöhung ihrer Lebenshaltung gehindert worden und in Gefahr geraten sind, der Kampf um die Existenz ihrer gewerkschaftlichen Organisationen beraubt zu werden. Der Parteitag stellt in diesem Bewußtsein die Verarmung der weitesten Kapitalmagnaten und der zunehmenden Massenverarmung den Klassenkämpfen für die Unentbehrlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise mit den Interessen der arbeitenden Massen und für die Notwendigkeit des Sozialismus, das heißt für die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.

Der Parteitag erkennt in der herrschenden Schnapsbottst Deutschlands die Ursache der unentzerrlichen Verschärfung der Lebenshaltung. Er fordert die Beseitigung dieser Verschärfung, deren Zweck nur die ungeheure Steigerung der Preise der Großkapitalisten, Großgrundbesitzer und Spekulant, der reichhansmäßige Förderung der Industrie und Fiskus und die Erhöhung ihrer Monopolprofite bildet. Der Parteitag fordert daher eine gründliche Reform unseres Steuerwesens mit dem Ziel der Beseitigung aller indirekten Steuern auf die Verbrauchsartikel der Massen und ihre Ersetzung durch direkte Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuern.

Der Parteitag fordert die Beseitigung des Systems der Einfuhrzölle, die Aufhebung aller Lebensmittelzölle und der Zölle auf Futtermittel, die den Großgrundbesitz auf Kosten der städtischen und der bäuerlichen Bevölkerung begünstigen.

Er fordert insbesondere zur Abhilfe der Not die sofortige Aufhebung der vielen Fleischzölle, die Versetzung der Grenzen für Vieh und Fleisch, unter Beachtung unerlässlicher gesundheitlicher Ueberwachungsmaßnahmen, und der entsprechenden Ueberwindungen des Weizen betreffend die Schatzkammer- und Fleischzölle, insbesondere auch von Getreidezölle, dauernd zu ermöglichen.

Dieselben Zucker und Schatzmacher, welche die Ausbeutung des Volkes durch ihre Zollmehrpunkte verschulden, wollen um dessen Widerstand brechen, indem sie das ohnehin schon ungenügende Koalitionsrecht völlig erschaffen. Der Parteitag protestiert gegen diese infame Verewaltung der Arbeiter und fordert vielmehr die Ausgestaltung und Sicherung der Koalitionsfreiheit.

Der Parteitag erklärt die sofortige Einberufung des Reichstages für unerlässlich und fordert die arbeitende Klasse auch im Hinblick auf die Neugestaltung der gesamten deutschen Bundespolitik und die gemeingefährliche Untätigkeit der kapitalistischen Massenregierung gegenüber dem fortschreitenden Fortschritt der Massen mit aller Macht fortzuführen.

Partei Vorstand.

Nach einem mit stürmischen Beifall aufgenommenen Ausruf **Scheidemanns** wird die Resolution einstimmig angenommen.

Es folgt die Organisationsfrage. Bericht darüber morgen.

Arbeiterbewegung.

Reservisten als Arbeitswillige gesucht. Es ist nicht neu, daß Reservisten bei ihrer Entlassung aus dem Militärdienst Arbeit zugewiesen wird, die sich nachher als Streikarbeit entpuppt. In der **Armeeaussgabe** des **"Arbeitsmarkt"** wird auch für die Westfalen, der Unterwesertorte (Sehe, Bremerhaven und Westfalen) der Versuch gemacht, ihnen Arbeitswillige zuzuwenden. Der Arbeitsnachweiser für das Baugewerbe sucht Tischler, und daneben sucht ein Angestellter des Arbeitgeberverbandes, ein Herr Braun in Sehe bei Bremerhaven, gebürtig durch seine Privatadresse, 15 Bauhilfeler. Die oranisierten Arbeiter werden er sucht, die von der **"Ferienkolonie"** heimkehrenden Tischler auf den Streik ihrer Kollegen aufmerksam zu machen und sie zu veranlassen, die Unterwesertorte zu meiden.

Bermühtes.

Sehr richtig einen I hat ein Schulausz der Kinder aufgetragen, die er unterrichtet hat und er hat diese Mahnung gleichmäßig auch den Eltern und Lehrern an Herz gelegt. Richtiges Wissen ist für unsere Erziehung, also für unser Wohlergehen ebenso wichtig wie Speise und Trank, denn die Blutbildung kommt ja doch eben erst unter der Mitwirkung der Nahrung, also durch die Nahrung, zustande. Der Arzt mag also vollkommen recht haben, wenn er behauptet, daß wir viel weniger kräftig sein können, wenn die Menschen gelernt hätten, richtig zu atmen. Wer nur oberflächlich atmet, blüht ein Teil der Lunge ganz außer Tätigkeit und die Folge davon ist, daß der nicht in Aktion tretende Teil verfauldet. Dann erfolgt die Blutbildung mangelhaft, der Organismus wird geschwächt und es ist schon eintretend, daß ein auf diese Weise verachteter Körper für krankhafteste Zeit anfänglicher ist, als ein gesunder. Alle Eltern sollten daher ihre Kinder ab und zu ermahnen, tief einzuatmen und voll auszuatmen, geschieht das eine Weile regelmäßig, so gewöhnt sich das Kind dann schon von selbst daran und die Eltern werden dann die Freude haben, ihre Kinder sich besser entwickeln zu sehen, als bei vernachlässigtem Atmen.

Der Schwerehörige für — Säule. Aus Braun- schweig: Bei der hiesigen Polizeidirektion lief unlängst die Anzeige eines Dame ein, die sich in einer Wadenschneiderei (Wäsche) gebildet haben wollte. Als Beweis waren der Anzeige einige Exemplare der niedlichen Tierchen beigelegt. Die Polizeidirektion hielt sich nun nicht für sachverständig genug, um über die Natur der kleinen Hebelkater zu entscheiden, und sandte deshalb einen Beamten zu einem Tierarzt, der diese hochwichtige Frage lösen sollte. Der Tierarzt aber wurde ungenügend und verwachte sich dagegen, Sachverständiger für Insekten zu sein. Um war guter Rat teuer. Schließlich kam ein junger Kopf darauf, den Direktor der Braunschweiger Gewerbeschule, Herrn Prof. Lehmann, zu befragen, der in seinem zumvorigen Buche „Zwei Hebel in Frankreich“ in einem besonderen Kapitel ausführlich über das Insekten im Jahre 1870/71 sprach und sich dabei in besonderer über die verschiedenen Arten dieser kleinen Plagegeister ausläßt. Lehmann antwortete denn auch: Das sind keine Käufe, sondern kleine Wadenschneider-Wadenschneider.

Das Spielhölzer abwerfen. Durch einige Zusätze der erregende Vorfrage der jüngsten Zeit ist die Aufmerksamkeit der Spieler der stärker auf jene Unterwelt des Spiels und der Spielhölzer gelenkt worden, die sonst in ein geheimes Dunkel gehüllt bleibt. In London, in New York und New Jersey sind in den letzten Jahren hunderte Spielhölzer mit Hilfe emporgeschossen, verhängenen Strafen und fordern zahllose Opfer. Eine gut unterrichtete englische Zeitschrift teilt darüber eine Reihe interessanter Angaben mit. In London verlor in jüngster Zeit ein hervorragender Vertreter des englischen Rennsports bei einer einjährigen Wette im Wert von 80.000 Pfund, und ein bekannter Herr wurde in einer Woche um 300.000 Pfund verarmt. Besonders werden die Frauen leicht zu verlocken. Dieses Jahr verlor die Frau von Lord ... (Text continues with details of gambling losses and social commentary).

In Frankreich führt der Staat über 150 Spielhölzer, die dadurch anerkannt sind, eine politische Aufgabe. Aber die Polizei gibt sich nicht ab, daß die Spieler, in denen gespielt wird, nicht gutachter sind, und schätzt sie in ganz Frankreich auf mindestens 4000. In Paris gibt es 200 bis 300 wertvolle Spielhölzer, in denen alljährlich sehr hoch gespielt wird. Was dabei verdient wird, läßt sich auf der Landkarte ersehen, daß die Gewinne der vom Staat anerkannten Spielhölzer im vergangenen Jahre mehr als 50 Millionen Mark betragen. Die betrieblichen Spielhölzer werden gewöhnlich von bunten Frauen gekauft, die bereits vielfach bestroft sind. Manche dieser Leute gewinnen tatsächlich Vermögen. Der „Berliner“ Spielhölzer, der als kleiner Restaurateur begann, wird jährlich auf 2 Millionen, sein Vermögen auf 40 Millionen Mark geschätzt. Das vollständige Budget so mancher eleganten Partikularien weiß 200.000 Mark an Spielverlusten auf. So vergewaltigt die „vornehme Welt“ paradiesisch das Geld, das ihr dem Spiel der Ausgeborenen zufließt — getrieben von dem sie wartenden Dämon des Spiels, das für im inhaltlosen Leben Spannung herbeiführt.

Aus der Welt der Kinder.

Feuer und Ziegeleien. Einmal sagt der Vater am Tisch so zu seiner Frau: „Du bist ein Feuer und Ziegelein.“ Die Frau antwortet: „Ich bin ein Feuer und Ziegelein.“ Der Vater sagt: „Du bist ein Feuer und Ziegelein.“ Die Frau antwortet: „Ich bin ein Feuer und Ziegelein.“ (Text continues with a dialogue about fire and bricks).

Der Kugelmann hat den Vater beleidigt. „Warum denn?“ „Er hat gesagt, in der Hitze der Erde sind Ziegeleien und kein flüssiges Feuer.“ (Text continues with a story about a ball man and a father).

Seitens. Vom erfreulichen Ergebnis. Der „Norman“ stellte fest, daß vor den Berliner „Friedhöfen“ so das geringwertige, wenn auch noch nicht geländerspezifische Fleisch aus dem Schlachthof abgegeben wird, während die Nacht durch (zum Teil volle 14 Stunden) standen, um ein paar Pfund minderwertiges Fleisch zu erobern. (Text continues with a commentary on meat quality).

Neue.

Um Schlag für Schlag zu erziehen. Im Feld- und Festungskrieg. Wegen eines großen Herrschers. Der König ist ein mächtiger Feind zum Sieg. (Text continues with military and political commentary).

Aus Anlaß des tragischen Todes des Eroberers von Port Arthur veröffentlicht die „Volkszeitung“ obiges Gedicht des großen Generals. Er schrieb es nach dem Siege unter dem Eindruck des ungeheuren Glanzes, das Japan an der Hand des Marikocis brachte. Das Gedicht läßt nicht nur erkennen, daß jenes furchtbare Blut eine niederdrückende Stimmung in ihm hervorrief, sondern es zeigt auch, wie rein menschlich der japanische Oberführer den Krieg empfand. Damit befindet er sich in einem rosthühnen Verhältnis zu seinen europäischen Kollegen. (Text continues with a poem and commentary).

Blätter zur Belehrung und Unterhaltung. SEPTEMBER 1912. Breslau, den 19. September. Heftlein-Beilage der Volksmacht. Illustration of a man and a woman in a landscape.

Säulenfüße.

Kamam von H. H. Jacobs. Wir wollen nicht auf sie warten, wir warten auf sie. (Text continues with a story about a man and a woman).

Das ist recht, meine die Heiligkeit bezüglich. Hundert ist ein wahrer Segen. Ich möchte wohl wissen, was mir ohne diese machen sollten. (Text continues with a story about a man and a woman).

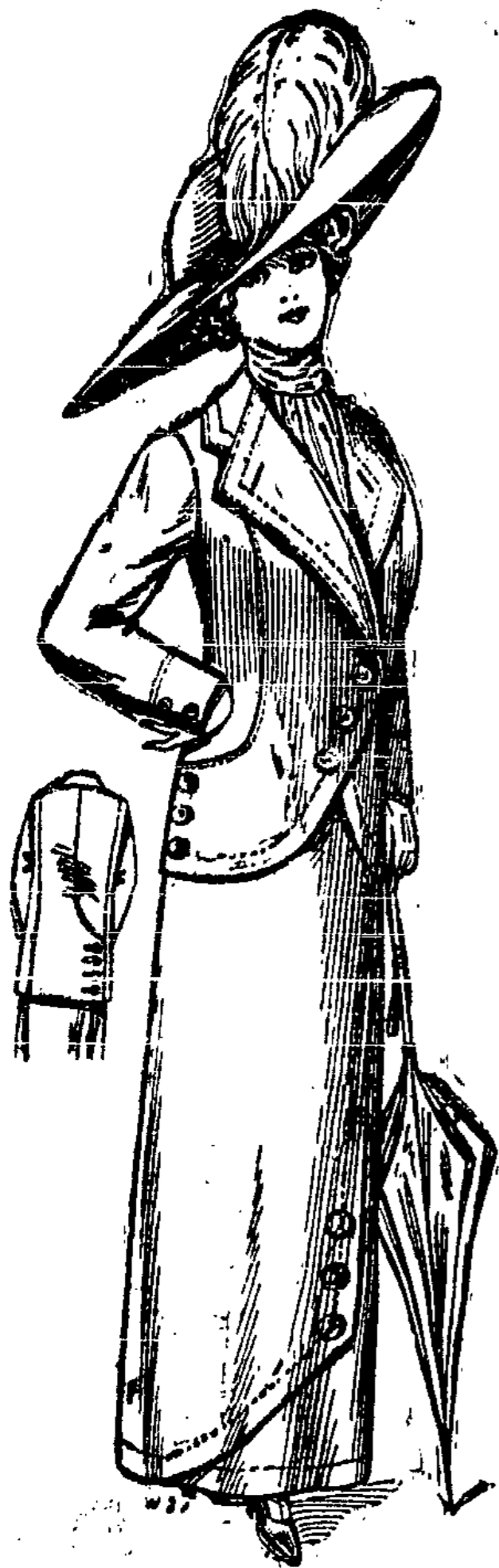
Ich bin nicht so glücklich, wie Sie auf dem Wege sind. Ich bin nicht so glücklich, wie Sie auf dem Wege sind. (Text continues with a story about a man and a woman).

Moderne Schuhe und Strümpfe

Schuhe und Strümpfe sind heute für den guten Gesamteindruck eines Anzuges außerordentlich notwendig. Der falsch gewählte Strumpf oder Schuh kann selbst das mit außerordentlichem Geschmack zusammengestellte Kostüm beeinträchtigen.

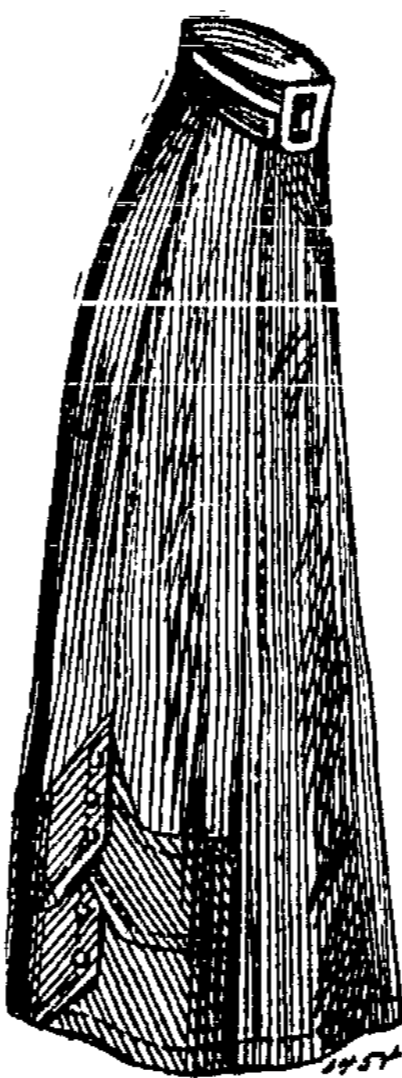
Seit der farbige Strumpf immer mehr Eingang gefunden hat, ist seine Wahl besonders vorzüglich vorzunehmen. Die Farbe sollte für den Strohanzug stets mit der des Schuhs übereinstimmen, oder wenigstens nur wenig abweichend gewählt werden. Weicht jedoch die Farbe des Schuhs von der des Kleides ab, so kann der Strumpf mit dem Kleide harmonisieren, wenn die Farben nicht zu stark kontrastieren.

Trägt man z. B. den schwarzen Hochschuh, so kann gut zu einem mittel-farbigem Kleide der Strumpf in dieser Farbe gewählt werden. Selbst zu einem farbigen Kleid sieht der andersfarbige, aber dunkle Strumpf zum schwarzen Schuh gut aus, wenn sich die Farbe des Strumpfes als Garnitur an Kleid oder Hut wiederholt. So würde z. B. ein lila oder hellgrüner Strumpf zu einem rotgarnierten Hut geschmacklos erscheinen. Apropos ist der seitliche Schluß der modernen Schuhe, sowohl als Knopf- wie als Schnürschuß. Letzteren gefällt sich mit Vorliebe eine große Schleife, die jedoch den präziösen Eindruck des Fußes verdirbt. Entschieden vorteilhafter ist der Knopfschluß, den gewöhnlich drei große Perlmutterknöpfe vermitteln.



481. Kleid aus taupfeinernem Wollstoff mit Stepplinien und Knopfbearbeitung. Großer schwarzer Taffethut mit gelblicher Straußenfeder.

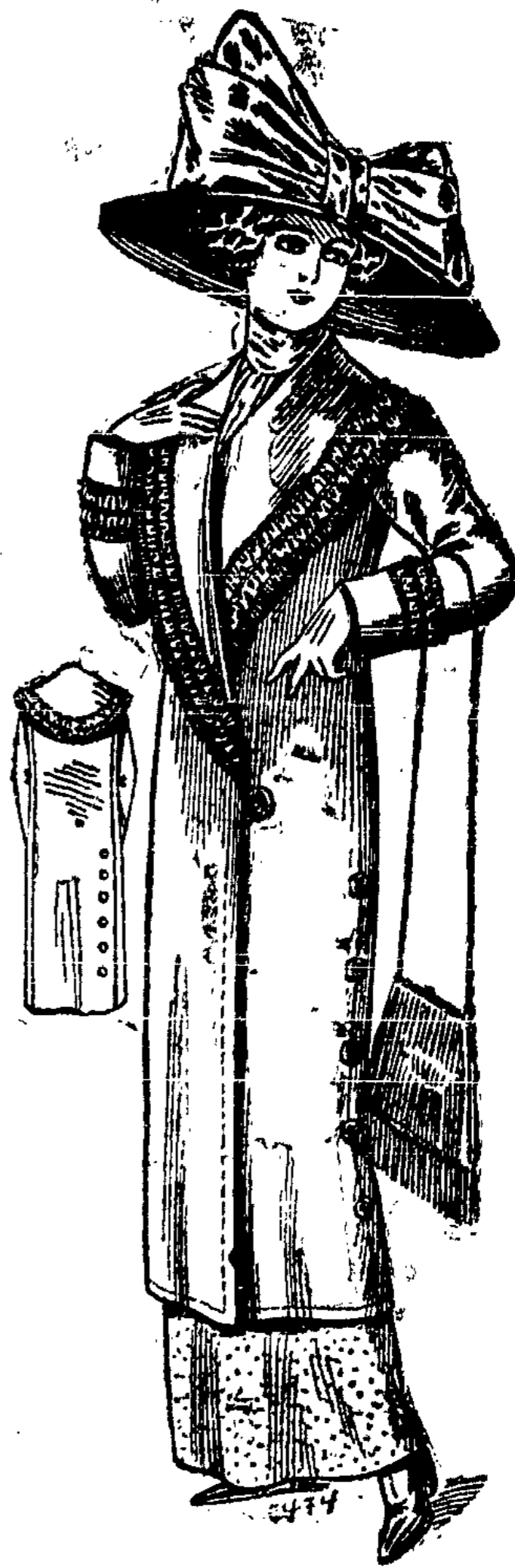
481. Kleid aus taupfeinernem Wollstoff mit Stepplinien und Knopfbearbeitung. Der Schnittort des Hosenrodes entspricht die des Fadens mit aufgeschrittenem Kinnmay-Schloß. Besonders beachtenswert ist die Gegenansicht der Jade, die durch eine nach unten im rechten Bogen verlaufende Mittelnaht eine flotte Note erhält. Nur den Vorderseiten ist der Schloß aufgeschritten, und die englischen Nähte werden mit Paspeln versehen. Revers und Kragen erhalten einen Spiegel aus dem Stoff des Kleides aufgesteppt, sowie ein solches Knopfloch eingefügt. Die Ärmel sind glatt und mit manschettenartiger Abarbeitung versehen. Knopfbefeh laut Abbildung.



1454. Rock aus farbig gestreiftem schwarzen Stoff. Volantteilgarnitur.

1454. Rock aus farbig gestreiftem schwarzen Stoff. Die Bohnen des sechsteiligen Rockes sind aufgesteppt. Die zwei Seitenteile sind mit einem in Form geschüttelten Doppelvolant mit Knopfschmuck versehen.

1474. Vornehmer grauer Tuchmantel mit gleichfarbigem Seidentragen mit Nischen und Volantgarnitur. Der schlichte Mantel kann durch das Material mehr oder weniger elegant wirken. Die Sachform unterbricht am linken Vorderende sowie an der linken Hüftenteilhälfte große, seidenbezogene Knöpfe. Aus Seide besteht auch der Kragenbesatz des großen Kragens, an dem sich ein schmales Plissee fügt. Harmonisierender Manschettenaufschlag. Ein Knopf als Schluß.



1474. Vornehmer grauer Tuchmantel mit gleichfarbigem Seidentragen mit Nischen und Volantgarnitur. Großer Seidenhut mit Bandgarnitur.

448. Weiße, rotgemusterte Joulardbluse mit rotem Seidentragen und farbigen Glasknöpfen. Säumungsgarnitur. Die kleidbare Bluse ist mit Vorderabschluß gearbeitet, die Futtergrundform aus weißer Falte ist zum Knöpfen eingerichtet. Der Rücken ist mit einer Querschfalte gearbeitet. An die Querschfalte des Vorderstückes, die etwa 8 Zentimeter breit ist, fügen sich nach 4 Zentimeter Zwischenraum an jeder Seite noch drei Säumungen. Die Querschfalte wird durch roten Vorstoß begrenzt und mit acht Knöpfen besetzt. Die halblangen Ärmel sind mit einem Vorstoß in ein erweitertes Ärmloch eingesetzt. Dem unteren Rand ist ein Manschettenstreifen aufgesteppt. Sehr kleidbar ist der rote Seidenkopfbogen, der leichte Gezeiringe und Futter schützt und sich vorn abgerundet öffnet. Die Querschfalte der Taille hält hier unter. Roter Seidengürtel.



448. Weiße, rotgemusterte Joulardbluse mit rotem Seidentragen und farbigen Glasknöpfen. Säumungsgarnitur.



1561. Säumungsbluse m. eingesetzter Spachtelpasse. Eingesetzte Ärmel.

1561. Säumungsbluse mit eingesetzter Spachtelpasse. Eingesetzte Ärmel. Die kleidbare Bluse ist aus feinem Säumungsstoff genäht, der ja heute das ganze Jahr getragen wird. Für elegantere Zwecke kann Pongoseide an jeder Stelle treten. Die Ärmel werden mit Pongoseide eingesetzt und sind unten mit Manschetten aus dem gleichen Stoff abgeschlossen. Die Spachtelpasse ist der Bluse eingesetzt und den Schluß vermittelnd rückwärts Knöpfe. Durchwegs ist um den Ausschnitt mit farbigen Schürabtschluß. Die Bluse kann auch aus zweifarbig gestreifter Seide hergestellt werden. Für diese wäre ein Besatz aus irischer Spitze oder ein feinerer Spachtelband am geeignetsten. Den Halsausschnitt umgibt kann ein Durchzugseinsatz aus feiner gewebter Spitze. Durch diese wird ein Bändchen gezogen, welches vorn zu einer Schleife geschlossen und dann krautartigen verknüpft wird.